

Koordinierungsstelle
Flüchtlingsmanagement

Newsletter Flüchtlingsmanagement Nr. 6 – September/Oktober 2019

Liebe Leser*innen,

in diesem Newsletter widmen wir uns dem Thema „Geflüchtete Frauen in Berlin“. In verschiedenen Austauschrunden und beim Expert*innen Talk „Frauen und Flucht/Rückkehr“ hat die Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement die spezifischen Bedarfe von Frauen thematisiert und in den verschiedenen Wirkungskreisen der Arbeit mit geflüchteten Frauen in Berlin abgefragt und erhoben. Die Ergebnisse wollen wir in einer Genderspezifischen Fachtagung Anfang 2020 diskutieren.

In der Öffentlichkeit werden geflüchtete Frauen oft verkürzt als Ehefrauen und Mütter repräsentiert, als passive Begleiterinnen männlicher Migranten und auch mehrheitlich als besonders schutzbedürftig dargestellt. Dies ist, auf Grund von spezifischen Bedarfen und Nöten auch richtig und wichtig, dennoch verdecken diese Annahmen, dass es vielen geflüchteten Frauen daran liegt, restriktive Strukturen in ihrem Alltag zu durchbrechen und sich aktiv in die Gestaltung von Politik und Gesellschaft einzubringen. Der Aufbau eines friedlichen und normalen Alltags für sich und ihre Kinder steht dabei im Vordergrund. Zwischen 2012 und 2016 haben über 500.000 geflüchtete Frauen und Mädchen, in Deutschland Schutz gesucht und in 2018 waren 43,3 Prozent der Menschen, die in Deutschland einen Antrag auf Asyl gestellt haben, Mädchen und Frauen

Frauen flüchten auf Grund von Krieg, sozialer oder politischer Instabilität, sozioökonomischer, familiärer oder administrativer Konflikte aus ihrem Heimatland. Zu den geschlechtsspezifischen Fluchtursachen zählen außerdem Genitalverstümmelung, Zwangsprostitution, Zwangsverheiratung und Vergewaltigungen. Dazu kommen in vielen Herkunftsländer patriarchale Strukturen mit restriktiven geschlechtsspezifischen Sittenregeln und Frauenrechtsverletzungen. Auch auf der Flucht sind insbesondere Frauen, die ohne männliche Familienangehörige reisen, von Diskriminierung oder physischer bzw. psychischer Gewalt bedroht. Frauen stellen somit eine besonders verletzte Gruppe dar die vielfachen und komplexen Stressfaktoren während und nach der Flucht ausgesetzt sind. Dies führt oft zu nachhaltigen gesundheitlichen Folgen. Zudem gibt es deutliche Hinweise darauf, dass geflüchtete Frauen auch in den hiesigen Gemeinschaftsunterkünften Opfer von Gewalt werden.

In einem Interview mit der Geschäftsführerin des Landesbetriebs für Gebäudebewirtschaftung – Betriebsteil B (LfG-B) – Frau Kadem, erfahren Sie mehr über die Aufgaben und Besonderheiten dieser landeseigenen Flüchtlingsunterkünfte.

Die Lebenssituation kann innerhalb der Gruppe der geflüchteten Frauen deutlich variieren. Es handelt sich natürlich um keine homogene Gruppe und die gesellschaftliche Teilhabe bzw. der Aufnahmeprozess in Deutschland verläuft oft unterschiedlich. Ein Teil der Frauen besucht Sprach- und Integrationskurse oder andere Integrationsangebote; einige streben bereits nach kurzer Zeit eine Berufstätigkeit in Deutschland an; andere konnten diese Möglichkeiten noch nicht wahrnehmen. Dazu stellen wir den Verein Raupe und Schmetterling- Frauen in der Lebensmitte e.V. mit seinem Bildungs- und Beratungszentrum und der Beratungsstelle Frau und Arbeit vor.

Empowerment, rechtliche, gesellschaftliche, politische und ökonomisch gerechte Teilhabe von geflüchteten Frauen wollen wir in diesem Newsletter thematisieren und nicht nur Schwierigkeiten und Barrieren von geflüchteten Frauen in den Blick nehmen, sondern auch Ressourcen und selbstermächtigende Praxen vorstellen. Dazu finden Sie Informationen zu verschiedenen Projekten wie „Jobboost“, „DÖrA“ sowie „Stark im Beruf“.

Außerdem können Sie erfahren, wie dringend Frauen mit Migrations- und Fluchthintergrund in der Sicherheitsbranche und in der Gesundheitsversorgung gebraucht werden.

Die verstärkte politische und gesellschaftliche Aufmerksamkeit für geflüchtete Frauen durch geschlechterspezifische Projekte und Initiativen, häufig auch ehrenamtliche Unterstützungsleistungen, bedienen wichtige gesellschaftliche Themen und fokussieren auf zielgruppenspezifische Anforderungen und konkrete Versorgungsleistungen für diese Bedarfsgruppe – von Beratung zu Scheidung, Familienkonflikten, psychosozialer Belastung sowie Begegnungsräume mit ansässigen Familien und zur Sprachanwendung, bis hin zur Anerkennung ihrer im Heimatland erworbenen Fähigkeiten und Kenntnisse im Hinblick auf eine berufliche Perspektive in Deutschland u.v.m.

Geflüchtete Frauen sind Frauen mit Flucht- und Migrationserfahrung – aber dies sollte keine Grundlage der Stereotypisierung sein, die die weiteren Lebensbereiche und damit die künftigen Chancen auf ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben bestimmen.

Beste Grüße

Ihr KoordFM-Team

Sybill Schulz
Leiterin
Koordinierungsstelle
Flüchtlingsmanagement

Annegret Buchholz
Referentin

Guido Ben Shimon
Referent

Anil Aslan
Geschäftsstelle

I. Aktuelle Daten und Fakten

1. Zugänge von Asylbegehrenden 2018/2019

1 Monat	2 Bund/ EASY 1)		3 Erstmeldungen in Berlin		4 Verteilung in andere BL		5 Verteilung Berlin		6 Zuweisungen anderer BL nach Berlin		7 Gesamt- zugang Berlin		8 Zugang Berlin in % gem. § 45 AsylVfG		9* Ergänzung aus Geschäfts- statistik BAMF		10* davon Erst- anträge 2/3)	
	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019
Januar	14.098	13.052	1.131	1.025	411	354	592	476	128	195	720	671	4,73	5,14	15.077	17.051	12.907	14.534
Februar	12.172	10.351	882	846	281	312	472	407	129	127	601	534	5,01	5,16	12.490	14.321	10.760	12.289
März	12.649	10.087	893	780	241	260	481	394	171	126	652	520	5,12	5,16	12.622	12.762	10.712	10.965
April	11.822	10.431	828	789	233	253	436	378	159	158	595	536	5,10	5,14	13.163	12.353	11.385	10.488
Mai	11.737	8.774	840	721	238	273	475	330	127	118	602	448	4,98	5,11	12.494	12.891	10.849	11.146
Juni	11.831	7.969	838	739	237	332	476	267	125	140	601	407	5,08	5,11	13.254	9.691	11.509	8.288
Juli	13.324	10.957	1.118	840	441	260	577	407	100	173	677	580	5,20	5,29	15.199	14.108	13.194	12.298
August	11.673	9.962	889	685	296	174	475	473	118	38	593	511	4,97	5,13	15.122	12.772	13.141	11.076
September	10.609		758		215		354		189		543		5,18		12.976		11.239	
Oktober	11.719		817		222		414		181		595		4,98		14.824		13.001	
November	11.226		875		301		417		157		574		5,09		14.130		12.118	
Dezember	9.963		632		125		461		46		507		5,19		10.561		8.900	
Summe	142.823	81.583	10.501	6.425	3.241	2.218	5.630	3.132	1.630	1.075	7.260	4.207	5,08	5,16				

1) Die Bundeszahlen sind der EASY-Statistik Nürnberg zum Stichtag: letzte Tag d.M. 23:59 Uhr entnommen

2) Die Bundeszahlen sind der Geschäftsstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge entnommen (Antrags-, Entscheidungs- u. Bestandsstatistik)

2. Strukturmerkmale in das SGB II eingemündeter erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (ELB) Flucht/Asyl

Auf einen Blick

- Örtliche Verteilung: An Geburtsmonaten orientiertes Prozedere führt zu unterschiedlicher "Belastung" der Jobcenter: Ca. 15 % der geflüchteten ELB sind in das Jobcenter Mitte eingemündet.
- Bildung: Ca. 30 % haben Hochschul-/Fachhochreife; viele verfügen nur über rudimentäre Schulausbildung (nur ca. 50 % haben mindestens einen anerkannten Hauptschulabschluss).
- Ausbildung: Ein Großteil (rund 86 %) der ins SGB II eingemündeten geflüchteten Menschen besitzt keine anerkannte Ausbildung

➔ Arbeitsmarktintegration für geflüchtete Menschen ohne anerkannte Schulausbildung oder mit niedrigem Qualifikationsniveau ist eine große Herausforderung.

Anzahl/Verhältniszahlen ELB im Kontext Fluchtmigration

	absolut	in % von gesamt
Neukölln	3.922	10,5%
Treptow-Köpenick	2.209	5,9%
Steglitz-Zehlendorf	1.642	4,4%
Tempelhof-Schöneberg	3.520	9,5%
Charlottenburg-Wilmersdorf	2.273	6,1%
Pankow	2.525	6,8%
Reinickendorf	2.898	7,8%
Spandau	3.531	9,5%
Friedrichshain-Kreuzberg	2.522	6,8%
Mitte	5.726	15,4%
Marzahn-Hellersdorf	2.465	6,6%
Lichtenberg	3.952	10,6%
Berlin gesamt	37.185	100,0%

Quelle: SGB II-Cockpit der Bundesagentur für Arbeit, Datenstand: 06.09.2019

Geschlecht ELB im Kontext Fluchtmigration

	absolut	in %
Männer	23.176	62,3%
Frauen	14.009	37,7%

Quelle: SGB II-Cockpit der Bundesagentur für Arbeit, Datenstand: 06.09.2019

Bildungsniveau (bezogen auf anerkannte Schulabschlüsse)

	absolut	in %
Kein Hauptschulabschluss	11.348	30,5%
Hauptschulabschluss	5.097	13,7%
Mittlere Reife	3.326	8,9%
Fachhochschulreife	1.506	4,1%
Abitur/Hochschulreife	9.133	24,6%
Ohne Angabe	6.775	18,2%

Quelle: SGB II-Cockpit der Bundesagentur für Arbeit, Datenstand: 06.09.2019

Qualifikationsniveau (bezogen auf anerkannte Ausbildungsabschlüsse)

	absolut	in %
ohne abgeschl. Berufsausbildung	31.995	86,0%
betr./schulische Ausbildung	1.691	4,5%
akademische Ausbildung	3.394	9,1%
ohne Angabe	105	0,3%

Quelle: SGB II-Cockpit der Bundesagentur für Arbeit, Datenstand: 06.09.2019

Alter ELB Asyl/Flucht

	absolut	in %
15 bis unter 25 Jahre	10.031	27,0%
25 bis unter 35 Jahre	12.308	33,1%
35 bis unter 45 Jahre	7.906	21,3%
45 bis unter 55 Jahre	4.516	12,1%
55 Jahre und älter	2.424	6,5%

Quelle: SGB II-Cockpit der Bundesagentur für Arbeit, Datenstand: 06.09.2019

3. Berlin – Zuzug und Unterbringung in LAF-Unterkünften (Stand: 3. Quartal 2019)

Zeitraum*	Zuzug nach EASY **	Zeitraum*	Zuzug nach EASY **	Zeitraum*	Zuzug nach EASY **
Q1/2018	1.973	Q1/2017	2.058	Q1/2016	9.369
Q2/2018	1.798	Q2/2017	1.872	Q2/2016	2.443
Q3/2018	1.813	Q3/2017	2.123	Q3/2016	2.532
Q4/2018	1.676	Q4/2017	2.232	Q4/2016	2.545
Gesamt 2018	7.260	Gesamt 2017	8.285	Gesamt 2016	16.889

* Q = Quartal

** EASY-System ist eine IT-Anwendung zur Erstverteilung der Asylbegehrenden auf die Bundesländer. Die Asylbegehrenden werden damit zahlenmäßig auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Die quotengerechte Verteilung erfolgt unter Anwendung des sog. „Königsteiner Schlüssel“. Die Berechnung des Königsteiner Schlüssels wird jährlich von der Geschäftsstelle der Bund-Länder-Kommission durchgeführt. Dem Königsteiner Schlüssel für das jeweilige Haushaltsjahr liegen das Steueraufkommen und die Bevölkerungszahl des Vorjahres zugrunde. Im EASY-System wird jeweils der Königsteiner Schlüssel angewendet, der für das vorangegangene Kalenderjahr im Bundesanzeiger veröffentlicht wurde.

Zuzug nach EASY 2019 monatlich	
Januar	671
Februar	534
März	520
April	536
Mai	448
Juni	407
Juli	580
August	511
September (Stand: 16.09.2019/09:56 Uhr)	249
Gesamt 2019	4.456

Untergebrachte Geflüchtete in LAF-Unterkünften

Art der Einrichtung	Anzahl	Kapazität	Belegung	Nicht belegte Plätze	Verfügbare Plätze	Geblockte Plätze*
Erstaufnahmeeinrichtung	10	2.751	1.709	1.042	356	686
Gemeinschaftsunterkunft	75	23.397	18.842	4.555	1.969	2.586
Summe aller Unterkünfte	85	26.148	20.551	5.597	2.325	3.272

Quelle: LAF- Referat III A - Strategische Gesamtplanung, Steuerung & Koordination mit Stand: 16.09.2019

* Erläuterung zu Geblockte Plätze:

- Soweit Baumaßnahmen in einer Unterkunft im Betrieb durchgeführt werden, erfordert dies einen temporären Belegungsstopp für den Zeitraum der Ausführung der Bauarbeiten.
- Für die weiterhin durchzuführenden Freizüge von Unterkünften sowie Korrekturen in den Belegungen der Erstaufnahmeeinrichtung werden in Gemeinschaftsunterkünften temporär bis zum Freizug / Belegungskorrektur Plätze reserviert, um einen geordneten Freizug zu ermöglichen.
- Bei gesundheitlichen Gefahren (Windpocken, Bettwanzen) werden ebenfalls temporäre Belegungsstopps für die betroffenen Unterkünfte ausgesprochen.
- Bei besonderen Unterbringungskonstellationen; wie Familien, werden einzelne freie Plätze in Zimmern, Apartments und Wohnungen nicht mit familienfremden Personen belegt (nicht passgerechte Belegung).
- Unterkünfte, die die gänzliche oder teilweise Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten vorsehen, werden für diesen Personenkreis reserviert.

Ergänzungen zum 2. Quartal 2019

- Im Juni erfolgte die Inbetriebnahme des MUF Bäkestraße im Bezirk Steglitz-Zehlendorf mit einer Kapazität von 396 Plätzen. Betreiber dieser Unterkunft ist die Berliner Stadtmission.
- Des Weiteren wurde mit der Ausstattung der Gemeinschaftsunterkunft Großbeerenstraße im Bezirk Tempelhof-Schöneberg neben den parallel noch erfolgenden restlichen Bauarbeiten begonnen. Im 3. Quartal 2019 wird der Bezug der Unterkunft erfolgen. Mit dieser Unterkunft werden dann weitere 260 Unterbringungsplätze zur Verfügung stehen.
- Die im Jahre 2012 eröffnete Aufnahmeeinrichtung Herzbergstraße im Bezirk Lichtenberg mit einer Kapazität von 492 Plätzen wurde, mit Ablauf des Mietvertrages, geschlossen.

Verteilung auf die Bezirke – Untergebrachte Geflüchtete in LAF-Unterkünften in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften

Bezirk	Anzahl der Unterkünfte	Anzahl Plätze	Anzahl belegte Plätze	Anzahl nicht belegte Plätze	Anzahl verfügbarer Plätze
Charlottenburg-Wilmersdorf	7	1.368	1.179	189	158
Friedrichshain-Kreuzberg	4	1.090	867	223	170
Lichtenberg	12	3.811	3.327	484	350
Marzahn-Hellersdorf	10	4.064	2.795	1.269	175
Mitte	4	837	720	117	26
Neukölln	4	1.460	986	474	96
Pankow	11	3.747	2.968	779	622
Reinickendorf	4	1.057	951	106	79
Spandau	6	2.234	1.751	483	147
Steglitz-Zehlendorf	7	2.121	1.760	361	259
Tempelhof-Schöneberg	7	2.362	1.895	467	138
Treptow-Köpenick	9	1.997	1.352	645	105
Gesamt	85	26.148	20.551	5.597	2.325

Quelle: LAF- Referat III A - Strategische Gesamtplanung, Steuerung & Koordination mit Stand: 16.09.2019

Beispiele - Erläuterungen zu den Differenzen freie Plätze/verfügbare Plätze

Bezirk	Einrichtung	Freie Plätze	Geblockte Plätze	Grund für die Blockierung
Frh-Krbg	Stresemannstr.	141	30	bauliche Maßnahmen Betreiber; bauliche Maßnahmen BIM
Lbg	Bornitzstraße.	94	47	bauliche Maßnahmen BIM sowie Betreiber; nicht passgerechte Belegung
Marz-Hell	Bitterfelder Str. 13	298	298	bauliche Maßnahmen BIM
	Bitterfelder Str. 11	280	280	bauliche Maßnahmen BIM
	Maxie-Wander-Str.	161	161	bauliche Maßnahmen BIM und Betreiber; nicht passgerechte Belegung

	Paul-Schwenk-Str.	60	50	bauliche Maßnahmen BIM; nicht passgerechte Belegung
	Rudolf-Leonhard-Str.	106	106	bauliche Maßnahmen BIM; nicht passgerechte Belegung; sonstige Gründe
	Dingolfinger Str.	47	47	Vorhaltung Freizug
	Albert-Kuntz-Str.	68	60	bauliche Maßnahmen Betreiber; nicht passgerechte Belegung
Mit	Chausseestr.	89	89	bauliche Maßnahmen Betreiber
Nkl	Haarlemer Str. /Neubau	341	341	bauliche Maßnahmen BIM
Pnk	Buchholzer Str.	147	62	bauliche Maßnahmen BIM; nicht passgerechte Belegung
Rdf	Senftenberger Ring	24	23	bauliche Maßnahmen BIM
Spd	Waldschluchtpfad	287	287	bauliche Maßnahmen BIM
Stegl-Zehld	Ostpreußendamm	80	44	bauliche Maßnahmen Betreiber
Temp-Schbg	An der Urania	261	235	bauliche Maßnahmen Betreiber
	Niedstr.	112	99	nicht passgerechte Belegung
Trep-Köp	Köpenicker Landstr.	65	49	nicht passgerechte Belegung
	Quittenweg	56	56	Vorhaltung Freizug
	Alfred-Randt-Str.	344	344	bauliche Maßnahmen Betreiber

Quelle: LAF- Referat III A - Strategische Gesamtplanung, Steuerung & Koordination mit Stand:16.09.2019

Geschlossene Unterkünfte im 3. Quartal 2019

- Anfang Juli 2019 wurde die bisher vom LAF genutzte Gemeinschaftsunterkunft Storkower Straße 118 im Bezirk Pankow mit einer Kapazität von 477 Plätzen von Seiten des LAF aufgegeben. Das Gebäude wird als vertragsfreie Unterkunft durch die Bezirke weitergenutzt. Eine Verlängerung des Vertrages wurde aufgrund vergaberechtlicher Bedenken des LAF nicht umgesetzt. Eine Vergabe für Betreiber, die ein eigenes Objekt anbieten möchten, befindet sich in der Konzeptionierung.
- Anfang August 2019 wurde die Gemeinschaftsunterkunft Alt-Strahlau im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg mit einer Kapazität von 120 Plätzen geschlossen. Mit Ablauf des Mietvertrages wurde diese Unterkunft aufgegeben. Der neue Eigentümer hat eine Vertragsverlängerung abgelehnt.

Geplante Schließungen von Unterkünften im IV. Quartal 2019

- Im 4. Quartal 2019 ist die Schließung der Aufnahmeeinrichtung Stresemannstraße im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg mit einer Kapazität von 386 Plätzen geplant. Der Eigentümer hat eine Verlängerung des Mietvertrages abgelehnt.

- Für die Aufnahmeeinrichtung Brebacher Weg im Bezirk Marzahn-Hellersdorf mit einer Kapazität von 387 Plätzen besteht ab dem 1. November 2019 ein Belegungsstopp. Grund ist der vorgesehene Freizug der Einrichtung wegen geplanten Umbaumaßnahmen (ab Februar 2020) sowie Betreibervertragsende zum 15. Dezember 2019.

Rückbau und Schließung von Tempohomes

Im Berichtszeitraum wurde das Tempohome Zossener Straße im Bezirk Marzahn-Hellersdorf mit einer Kapazität von 256 Plätzen freigezogen. Die Beräumung der Ausstattung wird zeitnah erfolgen.

Wohnungsbezug durch Asylbegehrende

Jahr	Personen	Fälle *	davon WfF**	Anteil WfF %
2011	360	180	27	15
2012	550	285	120	42
2013	790	370	205	55
2014	1.300	570	260	45
2015	2.080	1.000	370	37
2016	4.160	2.136	486	23
2017	4.094	2.326	314	14
2018	2.142	1.298	709	55
2019				
Januar	129	86	12	14
Februar	147	84	33	39
März	171	96	38	40
April	97	72	8	11
Mai	137	89	30	34
Juni	178	110	79	72
Juli	211	125	111	89
Gesamt 2019	1.070	662	311	47

* Die Zahl der Fälle ist nicht mit der Zahl der Wohnungen gleichzusetzen. Volljährige Familienangehörige (außer Ehegatten) werden z.B. als eigener Fall erfasst.

** Kooperationsvertrag „Wohnungen für Flüchtlinge“

Vom 02.01. bis 06.09.2019 sind vom Mietsachgebiet des LAF 3.589 Mietangebote geprüft, davon konnte in 858 Fällen dem Wohnungsbezug zugestimmt werden (in den übrigen Fällen waren die Unterlagen unvollständig oder die Wohnungsangebote erfüllten nicht die erforderlichen Voraussetzungen z.B. hinsichtlich der Miethöhe).

Freiwillige Rückkehr seit 2016

Art der Ausreise	Anzahl
Ausreisen durch freiwillige Rückkehr (REAG/GARP)* 2016	2.096
Ausreisen durch freiwillige Rückkehr (REAG/GARP)* 2017	1.107
Ausreisen durch freiwillige Rückkehr (REAG/GARP)* 2018	640
2019	
Januar	2
Februar	91
März	62
April	121
Mai	70
Juni	35
Juli	61
August	40
Gesamt 2019	482

* bundesweite humanitäre Hilfsprogramme, kofinanziert von Bund/Ländern/EU und administriert von der International Organisation für Migration (IOM)

II. Geflüchtete Frauen in Berlin

1. Interview mit Bilkay Kadem, Geschäftsleitung des Landesbetriebs für Gebäudebewirtschaftung – Betriebsteil B (LfG-B)



Foto: Bilkay Kadem, Landtagsprojekt Baden-Württemberg 2013¹

Was ist eigentlich der LfG-B und warum hat er eine so komplizierte Bezeichnung?

Der LfG-B ist der landeseigene Betreiber von Unterkünften für Geflüchtete. Er wurde im Frühjahr 2017 als Betriebsteil B des bereits bestehenden Landesbetriebs für Gebäudebewirtschaftung (LfG) gegründet. Deshalb hat er auch die komplizierte Abkürzung.

Wir betreiben im Auftrag des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) Unterkünfte für Geflüchtete. Aktuell handelt es sich dabei um acht, bald neun Gemeinschaftsunterkünfte, von denen wir einen Teil nur zeitweise betreiben.

Welche Aufgaben übernimmt der LfG-B?

Wir arbeiten auf Grundlage der Leistungs- und Qualitätsbeschreibung des LAF. Damit erfüllen wir in den Unterkünften die gleichen Aufgaben wie andere Betreiber und sind an die üblichen Stellenschlüssel gebunden.

Vor Ort koordinieren wir die Zusammenarbeit mit externen Kooperationspartnern, lokalen sozialen Einrichtungen und einzelnen Freiwilligen. Die so entstehenden Kontakte unterstützen die Bewohner/innen dabei, dauerhafte soziale Beziehungen aufzubauen und im Sozialraum „anzukommen“.

Was unterscheidet den LfG-B von anderen Betreibern von Unterkünften?

Eine der Besonderheiten des LfG-B ist, dass er als Landesbetrieb – anders als freie Träger – ohne langwieriges Ausschreibungsverfahren kurzfristig mit dem Betrieb von Unterkünften beauftragt werden kann. Das LAF nutzt das beispielsweise dann, wenn ein Betreiber aus einem Vertrag ausscheidet oder es zu Verzögerungen im Vergabeverfahren kommt. In solchen Fällen gewährleistet der LfG-B den Betrieb der betreffenden Unterkunft dann meist nur interimweise, bis eine öffentliche Ausschreibung durchgeführt wird und ein freier Träger den Betrieb übernehmen kann. Wir konkurrieren in solchen Fällen nicht um öffentliche Aufträge, sondern fahren "Feuerwehreinsätze", wenn wir in Notsituationen angefragt werden.

¹ Ailura, Wikimedia Commons, lizenziert unter CreativeCommons-Lizenz by-sa-3.0-at, URL: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/at/legalcode>

Was ist Ihr Anspruch für die Arbeit des LfG-B?

Mein Anspruch ist, verlässlicher Partner und Dienstleister zu sein und mit allen Anspruchsgruppen gut zusammen zu arbeiten. Das schließt nicht nur die Behörden des Landes Berlin ein, sondern auch die Bewohner/innen unserer Unterkünfte.

In den Gremien und darüber hinaus stehe ich im Austausch mit den zuständigen Behörden, Verwaltungen und politisch Verantwortlichen, um die Wünsche und Interessen der Verantwortlichen noch besser berücksichtigen zu können. Dazu gehört auch der fachlich gute Austausch mit der Leiterin der Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement, Sybill Schulz.

Gibt es irgendwelche Besonderheiten in der Bewohnerschaft der Unterkünfte, die der LfG-B betreibt?

Eine unserer Gemeinschaftsunterkünfte ist ausdrücklich auf besonders schutzbedürftige Geflüchtete ausgerichtet. Dazu gehören Bewohner/innen mit körperlichen Einschränkungen oder psychischen Störungen und Behinderungen ebenso wie Alleinerziehende, Schwangere und Familien mit minderjährigen Kindern, in denen ein oder mehrere Familienmitglieder besonderen Unterstützungsbedarf haben. Dort stellen wir einen deutlich höheren Gesamtaufwand bei Kriseninterventionen, Beratung und Anbindung von Bewohner/innen an das Hilfesystem fest.

In einer anderen Gemeinschaftsunterkunft sind viele Schwangere und Frauen mit Säuglingen und Kleinkindern untergebracht, die keine oder nur geringe Deutsch-Sprachkenntnisse haben. Und schließlich haben wir interimweise den Betrieb einer Unterkunft übernommen, die zuvor nicht vom LAF, sondern von den Bezirken im Rahmen der sozialen Wohnhilfe belegt worden war. Dort sind deshalb nicht nur Geflüchtete untergebracht, sondern auch deutsche Wohnungslose und solche aus EU-Ländern. Das sorgt für Unterstützungsbedarfe und Konfliktpotential, wie wir es aus anderen Unterkünften nicht kennen.

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales ist auf uns mit der Idee zugekommen, ein Pilotprojekt zum sog. Düsseldorfer Modell durchzuführen, das den Einsatz zusätzlicher Sozialarbeiter/innen in ausgewählten Unterkünften im Rahmen von Zuwendungen an freie Träger ermöglicht. Da wir Einrichtungen mit zusätzlichem Betreuungsbedarf haben, freuen wir uns über dieses Pilotprojekt, gerade im Hinblick auf die genannten besonderen Zielgruppen.

Welche besondere Unterstützung brauchen Ihrer Meinung nach Frauen in Ihren Unterkünften?

Frauen aus patriarchalisch geprägten Familien brauchen „Freiräume“, in denen sie sich weiterentwickeln können – ohne sozialen Druck oder soziale Kontrolle. Wenn sie solche „Freiräume“ erhalten, beispielsweise durch Deutschkurse für Frauen oder Nähgruppen, Kochgruppen und ähnliches, kann es ihnen gelingen, erlernte Rollen- und Verhaltensmustern zu reflektieren.

Ich erlebe oft sehr starke und kämpferische Frauen, die viel durchgemacht haben. Leider gibt es aber auch Frauen, die weiterhin Leid erfahren. Manchen Frauen gelingt es nicht ohne weiteres, sich beispielsweise aus schwierigen familiären Situationen oder häuslicher Gewalt zu befreien. Diese Frauen und Mädchen brauchen gezielt Hilfe und Unterstützung.

Indem wir in den Unterkünften in besonderem Maße auf diese Gruppe achten, kann die nächste Generation emanzipierter und freier aufwachsen, mit weniger kulturellem Zwang und Druck. Eine syrische Frau hat mich einmal gebeten, die Frauen genau darin stärker zu unterstützen. Ich nehme das gerne mit und versuche, entsprechende Maßnahmen zu initiieren oder zu vermitteln.

2. ‚Charité für geflüchtete Frauen – Women for Women‘

„Ich würde so gern Deutsch lernen, aber ich muss immer an meine Kinder denken ...“ (Meryam B., Syrien)

Ein Beitrag von Dr. Christine Kurmeyer, Zentrale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Charité

In einer Gemeinschaftsunterkunft in Berlin trafen die Ärztinnen der Charité unter anderem auch diese junge Frau, deren Kinder noch in Syrien sind, und die verzweifelt versucht, in Deutschland Fuß zu

fassen. Die Situation von geflüchteten und in Deutschland angekommenen Menschen ist für die meisten Beteiligten schwierig, geprägt von Verständigungsschwierigkeiten, der Auseinandersetzung mit bürokratischen Regelungen und Formularen, sowie der Herausforderung, sich in kürzester Zeit in einem vollkommen unbekanntem, sozialen Umfeld zurecht zu finden – sowohl für die Geflüchteten selbst, als auch für jene, die helfen wollen oder von Amts wegen dazu verpflichtet sind ist das nicht immer einfach. Für geflüchtete Frauen erscheint die Lage auf vielen verschiedenen Ebenen noch um einige Grade komplizierter.

Bereits 2015 hat daher die Charité – Universitätsmedizin Berlin mit Hilfe des Senats der Stadt Berlin und gemeinsam mit dem Landesfrauenrat Berlin die besondere Unterstützung von geflüchteten Frauen in Berlin in Form eines sehr basisnahen Projekts ins Leben gerufen: ‚Charité für geflüchtete Frauen – Women for Women‘. Vorrangiges Ziel war und ist es dabei, geflüchteten Frauen in Unterkünften des Landes Berlin den Zugang zum medizinischen Versorgungssystem zu erleichtern und gleichzeitig präzise Daten über die spezifischen Bedürfnisse und Potentiale der Frauen zu erheben.

Insgesamt wurden in den Jahren 2016 bis 2018 mehr als 72 Veranstaltungen durchgeführt. Weit über 700 geflüchtete Frauen im Alter zwischen 13 und 74 Jahren haben diese Gesprächskreise besucht. Davon haben 526 Frauen auch an der Evaluation teilgenommen.

In Form von Gesprächskreisen, die in der Regel am frühen Abend in einem Gemeinschaftsraum durchgeführt werden, erhalten die geflüchteten Frauen Informationen über das deutsche Gesundheitsversorgungssystem und die psychosoziale Versorgung für ihre spezifischen Bedarfe. Zentraler Punkt ist dabei allerdings nicht die bloße Wissensvermittlung, sondern die Begegnung auf Augenhöhe: ‚Wir alle sind Frauen – egal wo wir herkommen!‘ Dieser Satz, mit dem jeder Gesprächskreis startet, ist paradigmatisch für die Arbeit des Projekts, denn er führt fast immer dazu, dass die Frauen sich tatsächlich angesprochen fühlen, unabhängig von Alter, Herkunft oder Religion. Weil die Frauen direkt vor Ort in den Unterkünften kontaktiert werden und dabei verschiedene Sprachen bzw. Analphabetismus berücksichtigt werden können, ist der Zugang zu den Frauen deutlich erleichtert.

In Ergänzung zu dem bis dahin im Vordergrund stehenden Thema ‚Frauengesundheit‘ wurden 2018 Informationsveranstaltungen mit dem Fokus auf ‚Familiengesundheit‘ eingeführt. In diesem neu konzipierten Gesprächskreis werden den Frauen nun im ersten Teil der Veranstaltung Informationen zur Gesundheit, Entwicklung und Unterstützung von Kindern vermittelt. Der zweite Teil der Veranstaltung zur Familiengesundheit wird von den psychosozialen Beraterinnen der **gemeinnützigen Organisation Ipso e Care** gestaltet. Dabei werden unter Anleitung der muttersprachlichen Beraterinnen solche schwierigen Themen wie seelische Gesundheit und Selbstfürsorge vermittelt und sehr konkrete alltagspraktische Verhaltenstipps gegeben.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die geflüchteten Frauen einen erhöhten Informationsbedarf haben, der durch die konventionellen Kanäle nicht gedeckt werden kann. Dies betrifft nicht nur die Zugangsmöglichkeiten zum Gesundheitsversorgungssystem, sondern vor allem auch allgemeine Unterstützungsangebote.

Damit den Frauen von den betreuenden und begleitenden Personen auch die passenden Angebote aufgezeigt werden können, trifft sich eine wachsende Anzahl von Institutionen und Einzelpersonen seit September 2016 regelmäßig am so genannten Runden Tisch für geflüchtete Frauen in Berlin (<https://rundertisch.lfr-berlin.de/>). Hier werden Projekte vorgestellt und kommen Menschen zusammen, die sich gemeinsam Gedanken machen, wie den geflüchteten Frauen noch besser geholfen werden kann.

Ergebnisse auf einen Blick

Insgesamt lässt sich nach 3 Jahren und mehr als 72 durchgeführten Gesprächskreisen in Gemeinschaftsunterkünften festhalten, was relevant ist, um die geflüchteten Frauen zu erreichen:

- Das Konzept ‚Frauen unter sich‘ schafft grundlegendes Vertrauen.

- Sprachmittlung durch Frauen ist Voraussetzung für einen gelingenden Kontakt mit den geflüchteten Frauen.
- Offen zu sein für Unterschiede in der Weltanschauung und ein sensibler Umgang mit kulturellen Differenzen und der Wahrnehmung von Flucht- und Gewalterfahrungen ist unabdingbar.
- Humor im Umgang mit sogenannten ‚Frauenthemen‘ öffnet die Tür für einen neuen, vertrauensvollen Zugang zu den geflüchteten Frauen!
- Sich Zeit nehmen und Zuhören sind die essentiellen Instrumente, um geflüchteten Frauen die Möglichkeit zu geben, ihre Anliegen zu äußern und weitere Maßnahmen der Unterstützung vorzubereiten!
- Eine hohe Akzeptanz der aufsuchenden Beratung entsteht vor allen Dingen durch die sorgfältige vorherige Planung mit den Einrichtungsleitungen.

Auch Meryam aus Syrien konnte über ihre Sorgen und Ängste sprechen, und hat jetzt Kontakt zu einer Patin aus einem Frauenprojekt gefunden, die ihr bei den Behördengängen zur Seite steht, damit sie auch bald ihre Kinder wieder bei sich haben kann.

3. Interview mit Dr. Ines Scheibe vom Humanistischen Verband Deutschlands, Landesverband Berlin-Brandenburg (HVD) und Karin Bergdoll, Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V. (AKF)

Beide Frauen sind in diesem Jahr für Ihr Engagement für Frauen und als Mitbegründerinnen des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung geehrt worden: Frau Bergdoll mit dem Berliner Frauenpreis und Frau Dr. Scheibe mit der Paritätischen Ehrennadel in Silber.



Fotos: Preisverleihung Paritätär Berlin 2019; Bündnis Sexuelle Selbstbestimmung 2019

Welche konkreten Handlungsbedarfe sehen Sie in der gesundheitlichen Versorgung und Beratung von Frauen?

Dr. Scheibe:

Als psychologische Beraterin in einer humanistischen Beratungsstelle zu Fragen von Sexualität, Familienplanung und Schwangerschaft (gewollte und ungewollte) sehe ich vor allem die Notwendigkeit, eine gesellschaftliche Veränderung hinsichtlich der Gesetzlichkeiten zur Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen zu bewirken. Wir haben in Deutschland im europäischen Vergleich betrachtet noch eine die Frauen sehr bevormundende gesetzliche Regelung für ungewollte Schwangerschaften. Sie sind immer noch eine Straftat und schon seit über 100 Jahren im Strafgesetzbuch, in den Paragraphen 218 und 219 geregelt. So finden Frauen in dieser häufig überraschend eingetretenen Situation nur über sehr komplizierte Wege Informationen zum Schwangerschaftsabbruch im Internet. Diese sind leider auch nicht vollständig, denn Ärzt*innen ist es

unter Strafe untersagt, auf eigenen Homepages selbst Informationen über die Arten von Schwangerschaftsabbrüchen zu geben. Außerdem gibt es für diesen sehr häufig durchgeführten Eingriff in Deutschland keine Leitlinien für die Ausbildung, keine Aus- und Fortbildung sowie Forschung für das medizinische Personal. So zeigen sich in immer mehr Regionen Deutschlands Versorgungsschwierigkeiten. Viele Frauen müssen immer weitere Wege für die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen in Kauf nehmen. Ich setze mich ehrenamtlich im Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung seit über 10 Jahren mit vielen anderen Aktivist*innen für eine Verbesserung der Situation für die Frauengesundheit und für Frauenrechte ein. Dafür erfolgte auch die Auszeichnung im Mai dieses Jahres.



In Berlin gibt es für Schwangere noch eine recht gute Versorgung. Hier haben wir neben dem pluralistischen Angebot von unterschiedlichsten Beratungsstellen für Schwangere noch die sechs städtischen Zentren für Sexualität und Familienplanung, in denen Menschen neben medizinischer und psychologischer Versorgung sowie sozialrechtlicher Beratung auch bei geringen Einkünften eine Kostenübernahme für Verhütungsmittel bekommen können. Ein sehr vorbildliches Angebot, das in ganz Deutschland angestrebt werden sollte. Sehr wichtig für die Frauengesundheit ist auch ein vielfältiges Angebot von wohnortnahen Geburtsmöglichkeiten. So sollte es neben Geburtsstationen in den Krankenhäusern, von Hebammen betriebene Geburtshäuser sowie Möglichkeiten von Hausgeburten geben. Dazu muss die Leistung der Hebammen auch entsprechend gut entlohnt werden. Einen besonderen Bedarf sehe ich in der frauenärztlichen Versorgung sowie vielfältige Hilfs- und Unterstützungsangebote für die Elternschaft behinderter Menschen. Es reichen nicht behindertengerechte Zugänge zu Arztpraxen oder Beratungsstellen, sondern es bedarf spezieller Einrichtungen und in einfacher Sprache geschultes Personal sowie differenzierte Assistenzleistungen für behinderte Eltern und vieles andere mehr. Jeder Mensch sollte eine selbstbestimmte Sexualität und Familienplanung leben können, dies ist ein grundlegendes Menschenrecht.

Welche spezifischen Versorgungserfordernisse haben Frauen mit Migrations- bzw. Fluchthintergrund?

Dr. Scheibe:

Es gibt sehr viele spezifische Erfordernisse in der gesundheitlichen Versorgung von Frauen, die sich vor allem ergeben aus immer noch bestehender häuslicher und sexualisierter Gewalt. Und das betrifft alle Mädchen und Frauen in Deutschland, egal ob sie hier geboren wurden oder infolge von Flucht bzw. Migration zu uns kamen. Sehr wichtig ist, dass ein breites Angebot psychologischer Hilfen und frauenärztlicher Versorgung mit kultursensiblen Personal besteht sowie in vielfältigen Sprachen. Diese Betreuungs- und Wohnangebote sollten möglichst kostenfrei sein, denn dies ermöglicht allen Menschen, unabhängig vom Einkommen, die Zugänglichkeit bei Bedarf.

In unserem zusätzlichen Projekt der aufsuchenden Beratungsarbeit für Geflüchtete in Not- und Gemeinschaftsunterkünften in den Jahren 2016 und 2017 im Bezirk Pankow zeigte sich, wie wichtig es ist, das System der staatlichen Hilfs- und Beratungsangebote, der gesundheitlichen Versorgung, der Rechte von Frauen und Kinder in Deutschland kennen zu lernen, um mit wachsender Kompetenz der deutschen Sprache zunehmend selbstbestimmt und im Guten miteinander zu leben. Der Austausch von Erlebtem, von unterschiedlichen Erfahrungen, das Geben und Annehmen von konkreter Hilfen erwiesen sich immer wieder für alle als Bereicherung. Im gemeinsamen Miteinander bauten sich Vorurteile ab, verbesserten sich Sprachkompetenzen, die Menschen aus unterschiedlichen Kulturen wurden miteinander vertrauter.

Wie steht es mit der Frauenbewegung in Berlin?

K. Bergdoll:

Bei der Frage bin ich vielleicht nicht ganz „objektiv“, da ich ja lange in der für Frauen zuständigen Senatsverwaltung gearbeitet habe. Ich kann aber doch sagen, dass wir in Berlin eine vielfältige Frauenszene haben – auch zugeschnitten auf verschiedene Thematiken und Problemlagen. Da gibt es die Gleichstellungsbeauftragten der Bezirke, das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung, das Netzwerk Frauengesundheit Berlin, S.I.G.N.A.L., ein Projekt zur Intervention im Gesundheitsbereich gegen häusliche und sexualisierte Gewalt, fünf Frauenzentren, die u.a. kulturelle Angebote und Beratungen für Frauen und Mädchen anbieten, das Netzwerk behinderter Frauen, Migrantinnenprojekte, eine breite Infrastruktur im Anti-Gewalt-Bereich, z. B. Beratungsstellen für von Gewalt betroffene Frauen und sechs Frauenhäuser. Viele der Projekte werden vom Berliner Senat gefördert. Ich fände es übrigens gut, wenn mehr feministische Künstlerinnen zu Wort kommen würden.

Warum gibt es ein Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung?

K. Bergdoll:

Wie aktuell der Kampf um die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen ist, zeigt sich gerade wieder einmal sehr deutlich an den Ereignissen um den § 219a StGB, durch den das Informationsrecht der Frauen zum Schwangerschaftsabbruch eingeschränkt wird und Ärztinnen, die auf ihrer Website mitteilen, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen und die dazu angewandten Methoden benennen, werden kriminalisiert und mit Klagen verfolgt. Zum „Marsch für das Leben“ der Christlichen Fundamentalisten und AbtreibungsgegnerInnen sind bei der Demo am 21.9.2019 ca. 6.000 Personen gekommen! Bei der Kundgebung u.a. des Bündnisses waren es ca. 1.200. Wir müssen also mehr werden. Wir haben schon vor 50 Jahren für das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch gekämpft. Ich finde es unsäglich, dass wir immer noch auf die Straße gehen müssen.



Wie können wir Neu-Berlinerinnen integrieren?

K. Bergdoll:

Wir müssen die Frauen willkommen heißen und ihnen anbieten, mit uns über ihre und unsere Lebenserfahrungen, Wünsche und Träume zu reden und sie zu unseren Veranstaltungen und in unsere Projekte einladen. Daraus können Kooperationen, gemeinsame Aktivitäten und Projekte zur Gleichstellung auf allen Ebenen entstehen.

Wenn die Frauen es wünschen, können wir auch Infos z.B. über die Versorgungsstrukturen, z.B. zur gesundheitlichen Versorgung, in Berlin vermitteln.

Vielen Dank für das Interview und herzlichen Glückwunsch zur Preisverleihung und viel Kraft und Ausdauer für Ihr weiteres ehrenamtliches Engagement.

Kontakt: Dr. Ines Scheibe
Internet: www.hvd-bb.de

Karin Bergdoll
www.akf-info.de

Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung: www.sexuelle-selbstbestimmung.de

4. Hebammen und Fachärztin für Gynäkologie zur Unterstützung der Frauen

Das Familienplanungszentrum (FPZ) Berlin e.V. – BALANCE, welches wir bereits in unserem letzten Newsletter vorgestellt haben, bietet zahlreiche Beratungsangebote "Rund um die Geburt" an. Auch nicht versicherte Schwangere können sich beraten und betreut werden.

Unbürokratisch und ohne viele Fragen haben Sie hier die Möglichkeit, medizinische Untersuchungen durchführen zu lassen. In einem persönlichen Gespräch kann geholfen werden, finanzielle Fragen rund um Schwangerschaft und Geburt zu klären und zu unterstützen auch bei amtlichen Angelegenheiten.

Es besteht ein hoher Bedarf an interkulturell sensiblen Fachpersonal und vor allem Hebammen mit verschiedenen Sprachkenntnissen und kulturellem Feingefühl sind rar. Aktuell sucht das FPZ Frauenärzt*innen und Hebammen mit Erfahrungen für die interdisziplinäre Zusammenarbeit in einem Team von Psycholog*innen, Therapeut*innen, Sozialarbeiter*innen, Sexualpädagog*innen, Krankenschwestern/Medizinischen Fachangestellten und Hebammen. Insbesondere Menschen mit Beeinträchtigungen, Rassismuserfahrung und/oder Migrationsgeschichte sowie LSBTI* werden zu einer Bewerbung ermuntert. Alle weiteren Informationen finden Sie unter:

<https://www.fpz-berlin.de/Stellenausschreibung-Hebamme-BALANCE-PDF-948772.pdf>

<https://www.fpz-berlin.de/Stellenausschreibung-Fachaezrtin-2019-pdf-948705.pdf>

5. Die Arbeit mit geflüchteten Frauen bei Raupe und Schmetterling – Frauen in der Lebensmitte e.V.

Raupe und Schmetterling – Frauen in der Lebensmitte e.V. bietet seit über 35 Jahren Beratung, Bildung und Information für Frauen zur Verbesserung ihrer persönlichen und beruflichen Lebenssituation. Als 2015/2016 immer mehr Menschen vor Krieg, politischer Verfolgung und Armut nach Deutschland geflüchtet sind, war es für die Mitarbeiterinnen ein wichtiges Anliegen, spezielle Angebote für geflüchtete Frauen zu entwickeln, um die Frauen zu unterstützen und gezielt auf die besonderen Problemlagen und Herausforderungen einzugehen.

Mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (Geschäftsstelle Gleichstellung in der Abteilung Frauen und Gleichstellung) wurde das Projekt „WOMEN'S WELCOME BRIDGE – Berlinerinnen bauen Brücken“ entwickelt und im November 2016 gestartet.

WOMEN'S WELCOME BRIDGE verbindet Berlinerinnen, geflüchtete Frauen und Fraueninitiativen. Die Webseite www.womens-welcome-bridge.de funktioniert wie eine Pinnwand: Ehrenamtlich engagierte Frauen und geflüchtete Frauen können hier schnell und einfach Angebote und Gesuche einstellen und Kontakt zu einander aufnehmen. Fraueninitiativen informieren über ihre Beratungs-, Bildungs- und Freizeitangebote. Frauen erhalten so einen Überblick über spezielle Angebote, können sich vernetzen, unterstützen und voneinander lernen. Die Webseite gibt es in den Sprachen Deutsch, Englisch, Arabisch, Farsi, Französisch und Türkisch.

Obwohl viele geflüchtete Frauen bereits länger in Deutschland sind, fühlen sie sich hier oft isoliert und ausgeschlossen. Sie suchen Kontakte für den Alltag, um die Umgebung und neue Menschen kennen zu lernen und ihre Sprachkenntnisse zu verbessern. Sie benötigen Hilfe bei der Bewältigung von Behördenangelegenheiten, bei der Suche nach einer eigenen Wohnung und der Entwicklung beruflicher Perspektiven.

WOMEN'S WELCOME BRIDGE eröffnet geflüchteten Frauen die Möglichkeit, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, besondere Freizeitaktivitäten oder Unterstützungsangebote zu finden und ihre Isolation aufzubrechen. Über das Projekt hat es bereits zahlreiche Begegnungen gegeben. Frauen haben gemeinsam neue Welten kennengelernt und konkrete Schritte zum Ankommen in Deutschland bewältigt.

Im Januar 2019 wurde das Angebot von Raupe und Schmetterling – Frauen in der Lebensmitte e.V. durch die Schaffung einer Stelle für die mobile Bildungsberatung für geflüchtete Frauen erweitert. Eng verzahnt mit fachlicher Begleitung unserer Beratungsstelle Frau und Arbeit, die schon seit über 30

Jahren Beratung und Veranstaltungen für Frauen zum Thema Beruf, Bildung und Arbeit anbietet, sprechen wir mit einer mobilen Bildungsberaterin, die selbst einen Fluchthintergrund hat, gezielt geflüchtete Frauen mit einem niedrigschwelligen und kultur-sensiblen Beratungsangebot an.

Eine aktuelle Studie der OECD belegt, dass weibliche Geflüchtete bei Integrationsindikatoren wie Spracherwerb, Teilnahme an Integrationsmaßnahmen und Beschäftigungsquote deutlich niedrigere Ergebnisse erzielen als Männer. Trotz ihrer hohen Motivation eine Arbeit aufzunehmen gibt es zahlreiche Faktoren, die eine zügige und qualifikationsentsprechende Integration in den Arbeitsmarkt erschweren. Geflüchtete Frauen haben oft multiple Belastungen, wie z.B. aufenthaltsrechtliche Unsicherheiten, Sorgen um Familienmitglieder, beengte Wohnverhältnisse in Unterkünften, unzureichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder leiden unter Traumafolgeeerscheinungen. Die Umstände erschweren es vielen geflüchteten Frauen sich auf neue berufliche Herausforderungen und das Erlernen der deutschen Sprache zu konzentrieren. Umso dringender erschien es uns, geflüchtete Frauen und Frauen mit einem ungesicherten Aufenthaltsstatus die ganze Palette der Bildungsangebote und Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten bereits bei der Ankunft in Berlin vorzustellen und damit den Integrationsprozess zu beschleunigen. Grundlage für die Tätigkeit der mobilen Beratung ist das von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales entwickelte „Fachkonzept für mobile Bildungsberatung für geflüchtete Menschen in Berlin (MoBiBe)“.



Foto: ariadne an der spree GmbH: WOMEN'S WELCOME BRIDGE Sommerfest 2018

Aufgrund der Sprachkenntnisse der Beraterin in Farsi erreichen wir mit unserem Angebot vor allem geflüchtete Frauen aus dem Iran und Afghanistan. Kernaufgaben der mobilen Bildungsberatung für geflüchtete Frauen bestehen darin, gemeinsam mit den Ratsuchenden schulische, berufliche und arbeitsmarktbezogene Qualifikationen, Kenntnisse, Erfahrungen und Nachweise zu erheben, zu strukturieren und zu bewerten. Den Ratsuchenden werden Wege des weiteren Spracherwerbs, der Anerkennung von vorhandenen Abschlüssen, zu Aus- und Weiterbildung, Praktika/Hospitationen und der Jobsuche aufgezeigt.

Das Besondere der aufsuchenden Beratung ist es, geflüchtete Frauen niedrigschwellig dort zu erreichen, wo sie leben und erste Eingliederungsschritte unternehmen. Erstkontakte werden also in Unterkünften, Sprachkursen, soziokulturellen Einrichtungen, Familienzentren und bei kommunalen Bildungs- und Beratungsträgern, z.B. den Willkommen in Arbeit Büros angebahnt. Die mobile Beraterin stellt Informationen bereit, führt Einzel- und Gruppenberatungen sowie Informationsveranstaltungen durch. Im Einzelfall begleitet Sie die Frau auch z.B. zum Jobcenter oder zu einem Vorstellungsgespräch zur Arbeitsaufnahme.

Um spezifische Hindernisse und Hürden zu überwinden ist das Empowerment der geflüchteten Frauen zentraler Bestandteil des Beratungsprozesses. Komplexe Problemstellungen sowohl aus dem lebens- und berufsbiografischen Kontext als auch der aktuellen Situation werden analysiert und prozessorientiert bearbeitet, um eine fundierte Grundlage für selbstverantwortliches Handeln und eine erfolgreiche Integration zu schaffen.

Der Verein Raupe und Schmetterling- Frauen in der Lebensmitte e.V. mit seinem Bildungs- und Beratungszentrum und der Beratungsstelle Frau und Arbeit ist in der Stadt sehr gut vernetzt. Dies kommt auch der Unterstützung von geflüchteten Frauen zu Gute. Und öffnet Türen, die für viele geflüchtete Frauen sonst verschlossen blieben.

6. Unterstützung für geflüchtete Frauen bei der Integration in den Arbeitsmarkt – das Modellprojekt POINT endet und das Modellprojekt Job Boost startet!

Noch bis Ende 2019 unterstützt das Team POINT der Goldnetz gGmbH allein geflüchtete Frauen mit guter Bleibeperspektive auf dem Weg in den Arbeitsmarkt. Gefördert wird „POINT – Potentiale integrieren“ als gleichstellungspolitisches Modellprojekt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Erkenntnisse fließen aktuell in eine Handreichung des BMFSFJ ein, die ab Mitte November 2019 verfügbar sein wird. Einige Ergebnisse vorweg:

Insgesamt wurden rund 120 Frauen bei der Entwicklung einer Erwerbsperspektive in Deutschland begleitet. Überwiegend waren die *POINT-Teilnehmerinnen* beim Projekteintritt schon einige Zeit in Berlin, viele sogar länger als eineinhalb Jahre. Dennoch sprachen viele noch immer wenig Deutsch – insbesondere Frauen mit Kindern hatten es während des Höhepunkts der Flüchtlingsbewegung 2015/16 schwer, z.B. Integrationskurse mit Kinderbeaufsichtigung zu finden. Bei weiterführenden Sprachkursen ab Sprachlevel B2 war dies noch deutlich schwieriger, Angebote mit Kinderbeaufsichtigung waren und sind so gut wie nicht vorhanden.

POINT war ein arbeitsmarktorientiertes Projektangebot. Die Beraterinnen waren jedoch gerade zu Beginn der Beratungen mit sehr vielfältigen Fragestellungen konfrontiert. Begleitet wurde letztlich die ganze Bandbreite der Themen einer Frau mit Fluchthintergrund. Die differenzierten Zuständigkeiten in den Berliner Verwaltungen sowie das in den Herkunftsländern eher unbekannte Konzept verschiedener Beratungs- und Anlaufstellen waren für die geflüchteten Frauen schwer zu durchdringen. So stellten sich neben gesundheitlichen und psychosozialen Problemen, dem Zugang zum Spracherwerb, der fehlenden Regelbetreuung für die geflüchteten Kinder und der sehr schwierigen Wohnsituation auch die fehlenden Kenntnisse über das deutsche Verwaltungs- und Unterstützungssystem als Barrieren bei der Integration in Arbeit und Ausbildung heraus.

POINT •
Potentiale integrieren

Die Frauen nutzten Einzelcoachings und Workshops zu verschiedenen Themen rund



Fotos: POINT-Workshops – den „Ankommensdschungel“ durchdringen und kreativ sein!

um den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem in Deutschland. In offenen Treffen konnten sie sich austauschen und kurze Impulsreferate zu Arbeits- und Alltagsthemen hören. Ein besonderes Angebot war der Kontakt zu einer *POINT-Sister*, einer engagierten Berlinerin, die für ihre „Sister“ mit Fluchterfahrung oft zu einer Brücke in den Berliner Alltag wurde.

In den drei Jahren haben rund 65% der Frauen aktive Bildungs- und Arbeitserfahrungen erworben. Aktuell sind 20% im ersten Arbeitsmarkt integriert, 6% in betrieblichen Ausbildungen und 14% in sozialversicherungspflichtigen Anstellungen. In diesem Kontext wurde deutlich: Die Betreuung darf mit der Unterzeichnung eines Arbeitsvertrags nicht aufhören. Gerade die Aussteuerung aus den Transfersystemen beziehungsweise die Anpassung der Lebenssituation auf eine eigenverantwortliche Versorgung benötigt weitere Unterstützung. Die Frauen müssen ein vertieftes Systemverstehen

erwerben, um sich sicher in der deutschen Gesellschaft zu bewegen. Auch die ersten Schritte an der neuen Arbeitsstelle müssen begleitet werden.



Diese Erfahrungen fließen nun in ein neues Modellprojekt ein: das Projekt „Job Boost – geflüchtete Frauen in den Arbeitsmarkt“. Job Boost wird im Rahmen des EU-finanzierten Projektes "[Fast Track Action Boost \(FAB\)](#)" durchgeführt, das durch eine europäische Partnerschaft umgesetzt und durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales unterstützt wird.

Job Boost richtet sich an eine Zielgruppe mit großem Potential für den Arbeitsmarkt: Frauen, die aus ihren Herkunftsländern Arbeitserfahrungen oder eine Berufsbildung mitbringen und in Deutschland an ihre berufliche Identität anknüpfen und ihre Erfahrungen einsetzen möchten. Für diese Frauen, die häufig schon etwas älter sind und auch Verantwortung für eine Familie tragen, passt eine nochmalige Ausbildung oft nicht zur Lebenssituation. Ein qualifikationsadäquater Einstieg gelingt ihnen häufig nur mit großem Engagement vieler Akteure.

Hier unterstützt das Projekt JobBoost durch flexibel terminierbare Einzelcoachings zur Berufsorientierung und Bewerbung, einen Vorbereitungskurs und die Begleitung der Arbeitsaufnahme in Einstiegsstellen in Berliner Unternehmen. Der Vorbereitungskurs beginnt im November 2019 und hat verschiedene Besonderheiten: Zunächst wird er im Teamteaching aus Sprachtrainerin und einer Jobcoachin durchgeführt. Angesprochen werden alle für den Arbeitseinstieg wichtigen Themen: die sich aus einem Arbeitsvertrag ergebenden Rechte und Pflichten, Kommunikation am Arbeitsplatz, Sensibilisierung für die Unternehmenskultur in Deutschland sowie das Training von Standardsituationen bei der Arbeit. Der wöchentliche Unterrichtsumfang ist zeitlich begrenzt, so dass parallel auch darüber hinausgehende Fortbildungsangebote – etwa Sprachkurse oder Fortbildungen – weiter wahrgenommen werden können.

Spätestens ab März 2020 sollen die Teilnehmerinnen in Einstiegsstellen auf konkrete Aufgaben in Berliner Unternehmen vorbereitet werden. Auch hierbei unterstützt Job Boost durch regelmäßigen Kontakt mit den Teilnehmenden und den Arbeitgebenden. Nach einigen Monaten begleiteter Einarbeitung münden sie dort optimalerweise in eine reguläre Arbeitsstelle ein.

Die ersten Erfahrungen belegen den Gedanken, den Arbeitseinstieg zu beschleunigen: Bereits nach kurzer Zeit hatten die ersten Teilnehmerinnen Vorstellungsgespräche für Praktika oder Arbeitsstellen, einige haben auch eine kürzere Fortbildung zur Stabilisierung ihrer mitgebrachten Kenntnisse begonnen.

Noch sind Plätze frei! Der Projekteinstieg ist ab sofort laufend bis November 2019 möglich. Die Teilnahme ist kostenfrei. Interessentinnen können sich ohne Anmeldung jeweils mittwochs zwischen 10 Uhr und 12 Uhr persönlich informieren. Telefonisch, über WhatsApp/SMS oder per Mail kann ein individueller Termin vereinbart werden.

Kontakt: Goldnetz gGmbH, Projekt Job Boost,
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel: 030 - 28 88 37 24 | Mobil/ SMS/ WhatsApp: 01525-649 70 32
E-Mail: job-boost@goldnetz-berlin.de
Internet: www.goldnetz-berlin.de/job-boost

7. Das ESF-Projekt "Stark im Beruf" des IBBC e.V. (Interkulturelles Beratungs- und Begegnungs-Centrum) - Ein Angebot für Mütter mit Migrationshintergrund

Allgemeines zur Situation

Mütter mit "Migrationshintergrund" sind von Mehrfachdiskriminierung betroffen. Auch auf dem Arbeitsmarkt haben sie es besonders schwer. Weil sie Frauen sind, weil sie Kinder haben und weil sie oft über ihre Herkunft definiert werden. Die Problemlagen von Frauen, die flüchten mussten und Deutsch nicht in der Kindheit als Mutter- oder Zweitsprache erworben haben, sind noch komplexer.



In Berlin leben viele Frauen, die keine Arbeit oder Ausbildung finden oder mit ihrer beruflichen Situation unzufrieden sind. Das kann unterschiedliche Gründe haben. Die Konkurrenz um gute Arbeitsplätze ist in der Hauptstadt besonders groß und Bewerbungsverfahren werden anspruchsvoller. Frauen werden zur Bescheidenheit erzogen und dies wird Ihnen bei der Jobsuche nach wie vor zum Verhängnis. Wenn sie Kinder haben, fehlen oftmals die Ressourcen für eine berufliche Zukunftsplanung. Mittlerweile ist auch der Mangel an Kitaplätzen und die hochschwellige Suche nach geeigneter Betreuung ein immer öfter auftretendes Hindernis.

Viele Frauen kommen mit guten Schulabschlüssen, qualifizierten Ausbildungen und Arbeitserfahrung nach Berlin. Haben sie diese jedoch im (außereuropäischen) Ausland erworben, wird ihnen die Anerkennung hier sehr schwer gemacht. Oftmals müssen sie wieder von vorne anfangen und etwas Neues lernen, noch dazu in einer fremden Sprache.

Über IBBC e.V. - Interkulturelles Beratungs- und Begegnungs-Centrum

Der IBBC e.V. wurde 2004 als Migrantinnenselbstorganisation von Frauen gegründet, die ein entsprechendes Angebot in Berlin vermisst und schließlich beschlossen haben, selbst aktiv zu werden. Im Zentrum der Arbeit standen zunächst Informationsveranstaltungen zu diversen Themen aus den Bereichen Gesundheit und Soziales, um den Zugang zu Wissen und Beratungsangeboten niedrigschwelliger zu gestalten.

Aus dem Projekt *Sonnengarten* für Menschen mit Behinderung und deren Familien ist mittlerweile der Tochterverein *MINA - Leben in Vielfalt e.V.* entstanden. Die *Kiezväter* machen seit 2009 aktive Aufklärungs- und Mediationsarbeit in und um Neukölln.

Mittlerweile zählen jedoch Berufsberatung und -vorbereitung zu den Themen, die im Fokus des Vereins stehen. Im *Vorbereitungskurs für den Pflegebereich* werden Jugendliche und junge Erwachsene auf eine Ausbildung im Gesundheitswesen vorbereitet.² *Stark im Beruf* begleitet und unterstützt Mütter mit Migrationshintergrund bei der beruflichen Zukunftsplanung.

Das Angebot für Mütter mit Migrationshintergrund

Das vom Europäischen Sozialfonds und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Programm *Stark im Beruf - Mütter mit Migrationshintergrund steigen ein* wird deutschlandweit an über 90 Standorten umgesetzt.

Im IBBC e.V. startete es 2015 mit einem Berufsvorbereitungskurs für Mütter, die sich für eine Ausbildung oder Beschäftigung im Pflege- und Gesundheitsbereich interessierten. Nachdem sich die Zugangsvoraussetzungen, Interessen und Bedarfe der Ratsuchenden zunehmend heterogener gestalteten, wurde das Konzept auf ein reines Beratungs- und Coachingangebot umgestellt, um so den individuellen Ansprüchen der Frauen gerechter zu werden.

Angebote im Überblick

- Individuelle Kompetenzanalyse, Berufswegeplanung und Beratung zu Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und Berufsbildern

²Der nächste Kurs beginnt im Oktober 2019 und es gibt noch freie Plätze!

- Unterstützung beim Erstellen von Bewerbungsunterlagen
- Unterstützung bei der Suche nach Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, je nach Möglichkeit bei der Suche nach Kitaplätzen
- (Verweis-)Beratung im Bereich Anerkennung von Abschlüssen, Finanzierung und Förderung von Ausbildungen
- Gruppen- und Einzelcoachings zu Themen wie Empowerment, Rhetorik, Selbstdarstellung in Vorstellungsgesprächen, Konfliktmanagement am Arbeitsplatz, Arbeitsrecht
- Bei Bedarf Begleitung zu Terminen und Sprechstunden im Zusammenhang mit beruflicher Zukunftsplanung

Alle Angebote sind kostenlos und unabhängig von Aufenthaltsstatus oder Förderansprüchen zugänglich.

Das Team des IBBC spricht Türkisch und Deutsch, bei Bedarf kann Sprachmittlung für andere Sprachen organisiert werden.

Kontakt: IBBC e.V. - Interkulturelles Beratungs- und Begegnungs-Centrum
im Bürgerzentrum Neukölln
12053 Berlin, Werbellinstr. 42-1, OG
Tel: 030 - 56 82 27 53
E-Mail: info@ibbc-berlin.de

8. Frauen in der Sicherheitsbranche

In den letzten 5 Jahren wurden bei der Sicherheitsakademie Berlin mehr als 2.500 Sicherheitsmitarbeiter und Sicherheitsmitarbeiterinnen ausgebildet, nur 15 % davon waren Frauen.

Die derzeitige Suche nach einer neuen Anstellung oder beruflichen Veränderung führt zwangsläufig jede/n Bewerber/in zu Stellenaus-schreibungen im Sicherheits-bereich. Stellenbeschreibungen wie Doorman, Warenhausdetektiv, Revierfahrer oder Citystreife werden oftmals durch den Zusatz (m/w/d) geschlechtsneutral definiert.

Der Oberbegriff „Sicherheit“ suggeriert den weiblichen Bewerberinnen, nach wie vor, die eigene körperliche Unterschiedlichkeit gegenüber den männlichen Bewerbern.

Sicherheit, das ist doch der (Mann), der mit seinen 2 x 2 Metern Körpergröße vor einem Club steht und mit grimmigem Gesicht die Gäste aussortiert ...

Sie denken jetzt wahrscheinlich weiter und kommen zu der Erkenntnis, das kann eine Frau naturgemäß, mit einer Durchschnittsgröße von 1,66 Metern gar nicht bewältigen. Der Denkfehler beginnt leider schon mit dem Satz „das ist doch der...“

Schnell wird klar, dass im Sicherheitsbereich schon seit Jahren nach Bewerberinnen gesucht wird, im Besonderen auch Frauen mit Migrationshintergrund, da diese zusätzlich den Vorteil der Fremdsprachenkenntnisse im Dienst und Tagesgeschäft mitbringen. Es bestehen bereits verschiedene Kampagnen, die gezielt für Frauen aufgelegt werden.

Kennen Sie die Damen in den Einkaufszentren, die Ihnen den Weg zum gewünschten Geschäft erklären? Oder stellen Sie sich die gut gekleideten Empfangsdamen in einem großen Bürogebäude vor.



Ja? Sehen Sie, genau dort sitzt der Vertreter vom Objektschutz. Neben dem Telefondienst, dem Gästempfang und der Postbearbeitung, behält die jeweilige Person am „Empfang“ den Eingangsbereich im Blick, weiß mit aufgeregten Mitmenschen oder auffälligen Paketen umzugehen... und wie von selbst wird der Kunde im richtigen Augenblick mit Kaffee versorgt. Ja selbstverständlich kann das auch ein Mann, aber stellen Sie sich jetzt gedanklich den bereits erwähnten Türsteher mit seiner 2 x 2 Meter Körpergröße und seiner grimmigen Mimik hinter dem Empfangstresen vor.

Im Zeitalter des offensiven Kundenservice jedoch, bleibt unser Türsteher bei „Wind und Wetter“ vor dem Club stehen und die kundenorientierte Empfangsdame mit einer Sicherheitsausbildung erbringt ihre Arbeitsaufgaben hinter dem Empfangstresen.

Die Sicherheitsmitarbeiterin oder der Sicherheitsmitarbeiter ist das Aushängeschild eines jeden Unternehmens. Deeskalieren heißt das Zauberwort in der heutigen Arbeitswelt... mit grimmigem Gesicht ist dieses schwer umzusetzen.

Die Berliner Polizei ist beispielsweise in den 80er Jahren neue Wege gegangen und hat erstmals Frauen im Polizeidienst eingesetzt. Natürlich wurde diese Entscheidung der Stellenbesetzung von vielen Protesten ausschließlich männlicher Kollegen begleitet. Dennoch integrierten sich die Frauen in den Dienst und wurden sogar von den männlichen Kollegen gebeten, gemeinsam Streifendienst zu fahren.

Warum? Weil eine Frau grundsätzlich anders bei einer Eskalation reagiert als ein Mann. Die Frau ist sich ihrer „körperlichen Unterlegenheit“ gegenüber dem Mann bewusst und geht andere Wege der



**SICHERHEITS
AKADEMIE
BERLIN**

Deeskalation! Im Bereich der Personenschutzausbildung lautet das oberste Credo: „Die Gewährleistung von Sicherheit ist erst dann erfolgreich, wenn sie anonym erfolgt und keiner mitbekommt, dass abgesichert wird!“

Die Sicherheitsakademie Berlin, ist als zertifizierter Bildungsträger mit einer ausgeprägten Spezialisierung im Sicherheitsbereich stolz darauf, Dreh- und Angelpunkt für alle Marktakteure im Bereich Sicherheit zu sein. Sei es das Sicherheitsunternehmen, das bei uns seinen Arbeitskräftebedarf mit qualifizierten, durch uns ausgebildeten Arbeitskräften stillt oder die eigenen Mitarbeiter schult bzw. weiterbildet oder die Privatperson, die eine neue berufliche Perspektive im Sicherheitsbereich sucht.

Mit der vorangehenden marktgerechten Qualifizierung im Sicherheitsbereich durch die Sicherheitsakademie Berlin, finden sich interessante Aufgabengebiete am Arbeitsmarkt... speziell auch für Frauen. Wir blicken auf über 15 Jahre Erfahrungen in der Aus- und Weiterbildung des Sicherheitsbereiches zurück und unterstützen unsere Kunden bei ihren Bemühungen, eben in der Arbeitswelt der „Sicherheit“ Fuß zu fassen. Sei es durch die qualifizierte Ausbildung, die Erarbeitung passgenauer Bewerbungsunterlagen, die Durchführung eines marktgerechten zielführenden Bewerbungsprozesses oder die Hilfe bei der Selbstständigkeit im Sicherheitsbereich.

Unser höchster Anspruch ist die Durchführung der qualifizierten Ausbildung im Personenschutz (auch und gerade für Frauen), die in der Zusammenarbeit mit der IHK Projektgesellschaft Frankfurt/Oder ein anerkannter Zertifikatslehrgang ist. Die Bandbreite des Einsatzes für Frauen als das „getarnte Kindermädchen“ oder die beste Freundin der Schutzperson ist vielfältig.

Frauen mit und ohne Flucht- bzw. Migrationshintergrund sind herzlich willkommen - mit Sicherheit in Arbeit.

Kontakt:

Sicherheitsakademie Berlin
Bildung 4U GmbH
12527 Berlin-Grünau, Regattastr. 187
Tel: 030 - 322 95 21 220

www.sicherheitsakademie-berlin.de

9. Initiative Selbstständiger Immigrantinnen qualifiziert eingewanderte Frauen bei der Existenzgründung

Der gemeinnützige Berliner Verein „Initiative Selbstständiger Immigrantinnen“ I.S.I. e.V. begleitet seit 1990 gründungswillige Frauen mit internationaler Herkunft auf dem Weg in die Existenzgründung. Mit dem Ziel, immer mehr internationale Frauen bei der Verwirklichung ihres Traums der beruflichen Selbständigkeit und der Unternehmensgründung zu unterstützen, bietet I.S.I. im Rahmen seines aktuellen Projektes „COMPETENZentrum für Selbständige“ ein umfangreiches Weiterbildungsprogramm. Das Programm ist eine Kombination aus Kursen, Coachings, Informationsveranstaltungen und Möglichkeiten, sich zu vernetzen.

Kern des Angebotes, das von der EU und dem Land Berlin gefördert wird und für die Teilnehmerinnen komplett kostenfrei ist, ist ein breites Programm mit über 50 verschiedenen für eine Gründung in Deutschland relevanten Kursen. Dabei werden vor allem unternehmerische, digitale und Marketing-Kompetenzen in den Fokus gesetzt. Aber das Programm fördert insgesamt das Empowerment der Frauen. Die moderierte Gruppenarbeit an der eigenen beruflichen Entwicklung stärkt Selbstbewusstsein, Durchsetzungskraft, Durchhaltevermögen der Frauen.

Und das ist noch lange nicht alles: das Kursangebot wird weiterhin durch flankierende Beratungen und Coachings ergänzt. Bereits in den Kursen halten die Gründerinnen ihre konkreten Projekte im Blick und haben die Möglichkeit, das Gelernte gleich auf ihre Geschäftsidee und persönliche Situation anzuwenden. Ein individuelles Coaching über Themen wie z.B. die finanzielle Tragfähigkeit der Geschäftsidee, die Anpassung des Businessplans, Marketingaktivitäten, kaufmännische Fähigkeiten sowie organisatorische Aspekte unterstützt sie dabei, ihr bereits erlangtes Wissen zu vertiefen und konkret umzusetzen.

Ein weiterer Schlüsselfaktor für den Erfolg der Initiative ist ihr einzigartiges Leitmotiv „Von Immigrantinnen für Immigrantinnen“. Sowohl das Team als auch die Dozentinnen haben selbst einen Migrationshintergrund und wissen genau, welchen Herausforderungen internationale Gründerinnen in Deutschland gegenüberstehen. Dank diesem solidarischen praxisorientierten Model entsteht eine besonders ermächtigende Atmosphäre, die auf jede einzelne motivierend und unterstützend wirkt. Auf diese Weise fördert I.S.I. die Fähigkeiten und Kompetenzen der Teilnehmerinnen, so dass ihre soziale und ökonomische Integration erfolgreich stattfinden kann. Ihre Einwanderungsgeschichte wird nicht als Schwäche angesehen, sondern als gewinnbringender und bereichernder Aspekt geschätzt - man denke u.a. an die Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen.



Foto: Jörg Farys / www.dieprojektoren.de

I.S.I. konnte im Laufe der Jahre immer wieder zusätzliche Sonderprojekte mit geflüchteten Frauen umsetzen. Beispielsweise ein Tandem-Projekt im Jahr 2016 als auch in den Jahren 2017 und 2018 die „FIRST STEPS Erstberatung für Gründungsinteressierte Newcomer“.

Schon 2010 wurde die Arbeit des Vereins mit dem Innovationspreis der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen gewürdigt. Seit 2016 hat I.S.I. das Dekra-Qualitätsmanagementzertifikat nach AZAV. Im Jahr 2017 erhielt Dr. Czarina Wilpert, Mitbegründerin und Vorstandsvorsitzende von

I.S.I. e.V., das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. 2018 wurde I.S.I. mit dem „Wirkt-Siegel“ von Phineo ausgezeichnet und für den Deutschen Engagementpreis 2019 nominiert.

I.S.I. e.V. ist Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband und dem Dachverband der Migrantinnenorganisationen DaMigra.

Kontakt:

I.S.I. e.V. "Initiative Selbständiger Immigrantinnen"

Tel: 030 - 611 33 36

E-Mail: info@isi-ev.de

www.isi-ev.de

www.facebook.com/selbstaendige.immigrantinnen

www.instagram.com/selbstaendige.immigrantinnen

III. Weitere Projekte und Informationen

1. Abschlussveranstaltung und Ergebnispräsentation zum Pilotprojekt Unabhängiges Beschwerdemanagement in LAF-Flüchtlingsunterkünften

Am 14.08.2019 leitete die Senatorin Elke Breitenbach das Thema, die Umsetzung und die Ergebnisse zum Pilotprojekt Beschwerdemanagement (BM) in LAF-Unterkünften sowie zur Gesamtstädtischen Unterbringungsstrategie (GStU) und zur geplanten Unabhängigen Beschwerdestelle ein. Erfolge, Ergebnisse sowie Hürden und Herausforderungen des Pilotprojektes BM in LAF-Unterkünften im Hinblick auf Erkenntnisse, zeitliche Dimensionen, Datenschutz, Personalkapazitäten und Haushaltsverhandlungen wurden dabei ebenso kurz beleuchtet.

Sybill Schulz präsentierte die Konzeption und Durchführung des Pilotprojektes und die Strategie zur Entwicklung eines unabhängigen Beschwerdesystems zur Unterbringung von Menschen im Wohnungsnotfall für Berlin mittels des Pilotprojektes BM. Sie stellte alle beteiligten Akteur*innen vor und berichtete von den Erfolgen und von Gelerntem.

Max Krieger (UrbanPlus) als Projektleiter des Pilotprojektes BM gab einen Überblick über die Entwicklung und den konkreten Ablauf des Projektes und benannte organisatorische und spezifische Hürden, u.a.

bei der Entwicklung von geeigneten Erhebungsmethoden und Meldekettens zur Beschwerdebearbeitung und Lösungsfindung. Er gab einen Überblick über die Ergebnisse der eingegangenen Beschwerden der Phasen I und II des Pilotprojektes, welches im Juni 2019 abgeschlossen wurde.

Die Studentinnen der Alice Salomon Hochschule unter Leitung von Prof. Dr. Theda Borde stellten Ihre wissenschaftlichen Begleitungs- und Evaluationsmethoden vor und teilten Ihre Ergebnisse und Handlungsempfehlungen sowie Kritik mit.



Fotos: SenIAS

Im zweiten Teil der Veranstaltung war es den Gästen möglich, sich je nach Interesse an 5 Marktplatz-Tischen zu den verschiedenen Perspektiven der am Pilotprojekt beteiligten konkret zu informieren und ins Gespräch zu kommen. Es gab folgende Perspektiven-Tische: Vertrauenspersonen, Monitoring Group/Zukunftswerkstatt Heinersdorf, Betreiber, Projektträger und wissenschaftliche Begleitung. Die Gäste nutzen diese Gelegenheit zum Austausch und Netzwerken.



Fotos: SenIAS

Im letzten Veranstaltungsprogramm konnten Teilnehmer*innen im Rahmen einer Fish-Bowl Gesprächsrunde in die fachliche Diskussion einsteigen. Es wurde speziell auf folgende Themen eingegangen:

Stellenwert und Begründung für ein unabhängiges Beschwerdemanagement

Dabei ging die Senatorin besonders auf die Bedeutung der Wahrnehmung von Rechten von Geflüchteten, auf selbstbestimmtes Leben, Teilhabe und auf die Unabhängigkeit der ab 2020 zu geplanten Beschwerdestelle (UBS) ein. Wichtig sei das Schaffen von Vertrauen und Aufklärung.

Hürden des Pilotprojektes Unabhängiges Beschwerdemanagement

Das Pilotprojekt hat allen Beteiligten viel gelehrt. Es wurden verschiedene Punkte bei dieser Frage diskutiert und auch von Gästen gab es dazu verschiedenste Fragen und Anmerkungen. Zusammenfassend lassen sich folgende Punkte hierbei besonders benennen:

- Vertrauenspersonen sind der Schlüssel zum Zugang zu Bewohner*innen und sollten gut geschult und gefördert werden
- nicht nur Probleme innerhalb der Flüchtlingsunterkünfte, sondern auch Probleme im Sozialraum wirken sich maßgeblich auf die Zufriedenheit der Bewohner*innen aus
 - eine gute Zusammenarbeit mit Bezirken und Initiativen ist hier sehr wichtig
- Problematik der Unabhängigkeit und Weisungsmacht gegenüber Behörden und anderen Stellen ist eine große Herausforderung bei der Umsetzung der UBS
 - wichtig sind konkrete Ansprechpartner in jeweiligen Stellen, um gute Austauschstrukturen zu schaffen
- Unterbringung soll aufgrund der langen Aufenthaltsdauer den Bedarf des „Wohnens“ mehr abbilden
- Bewohner*innen-Selbstverwaltung fördern und Informationsverbreitung verbessern
- Beschwerdekultur soll zugelassen, gelernt und entwickelt werden
- Kinder- und Jugendliche sind miteinzubeziehen
- Klassifizierung der Beschwerden stetig anpassen und verfeinern

Häufigste Beschwerden im Pilotprojekt BM

Hierbei wurden von den Akteur*innen vor allem Problematiken der Wohnbereiche genannt wie Privatsphäre, Möblierung des Wohnraumes, Besucherempfang sowie Personal. Eine Bedarfsgerechte Unterbringung sei hier Schlüssel zum Erfolg.

Anregungen zu Aufgaben der UBS – Unabhängigen Beschwerdestelle

Eine bessere Kommunikation von Rechten und Pflichten von Bewohner*innen und Personal sowie die Wahrung der Anonymität/des Datenschutzes wurden hier als wichtige Aufgaben der UBS benannt. Als bedeutsam wurde die Handlungsmacht der Stelle angesprochen. Eine Weisungsbefugnis gegenüber anderen Behörden wurde dabei intensiv diskutiert. Des Weiteren wurden die Schulung von Personal sowie der wichtige und erfolgreiche Einsatz der Integrationslots*innen im peer-to-peer Ansatz unterstrichen.

Es nahmen etwa 120 Personen aus Landes- und Bezirkspolitik, Bezirksverwaltungen, Senatsverwaltungen, LAF, Hochschulen, Projekten und Beratungsstellen, Integrationslots*innen sowie Engagierte teil.

Besonderer Dank seitens der politischen Leitung galt der Initiierung des Pilotprojektes BM durch die Monitoring Group geflüchteter Frauen mit Unterstützung der Zukunfts-werkstatt Heinersdorf und allen beteiligten Personen/Institutionen für die Ermöglichung, Durchführung und ihr Engagement für das Pilotprojekt.

Im November 2019 wird eine Broschüre mit den Ergebnissen, Erkenntnissen und Perspektiven zum Pilotprojekt Unabhängige Beschwerdestelle veröffentlicht. Zusätzlich finden Sie die Dokumentation und weiterer Veranstaltungen im virtuellen Projekt- und Dokumentenraum auf der Website der Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement.

<https://www.berlin.de/koordfm/themen/qualitaetsmanagement/virtueller-projekt-und-dokumentenraum/>

2. Resettlement und humanitäre Aufnahme als dauerhafte Schutzmechanismen - Gastbeitrag der Internationalen Organisation für Migration (IOM)

Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Viele von ihnen sind in Länder geflüchtet, in denen sie keine Bleibe- oder Integrationsperspektive haben.³ Wenn andere Lösungen für Geflüchtete, wie eine Rückkehr in Sicherheit und Würde oder lokale Integration nicht möglich sind, ist Resettlement („Neuansiedlung“) häufig die einzig praktikable Option, um wirksamen Schutz zu bieten und zu verhindern, dass sich die Menschen auf gefährliche und oftmals tödliche Routen begeben und sich Schleppern anvertrauen.



Resettlement ist eine internationale Schutzmaßnahme, die legale Zugangswege für Geflüchtete ermöglicht, indem die Menschen von ihrem Erstaufnahmeland in einen Drittstaat, zum Beispiel Deutschland, aufgenommen werden. Im Jahr 2018 unterstützte IOM weltweit 94.992 Geflüchtete und andere schutzbedürftige Personen aus

Erstaufnahmelandern wie Ägypten, Afghanistan, Äthiopien, Irak, Jordanien, Kenia, Malaysia, Sudan, Türkei, Uganda und Ukraine bei der sicheren Einreise in 30 Länder.⁴

Das aktuelle Resettlementprogramm der Bundesregierung sieht vor, dass im Jahr 2019 insgesamt 2.900 Schutzbedürftige aus Ägypten, Äthiopien, Jordanien und dem Libanon in Deutschland aufgenommen werden.



Zusätzlich dazu gibt es humanitäre Aufnahmeprogramme (HAP), die bestimmten Gruppen aus akuten Krisensituationen Schutz in Deutschland ermöglichen. Aktuell nimmt die Bundesregierung in diesem Rahmen bis zu 500 syrische Geflüchtete aus der Türkei auf, außerdem haben verschiedene Bundesländer eigene humanitäre Aufnahmeprogramme.



Das Land Berlin ermöglicht zudem über ein eigenes Landesaufnahmeprogramm den Familiennachzug von Syrer*innen und Iraker*innen und plant

Facts and Figures

1,4 Millionen Geflüchtete weltweit haben in 2019 gemäß UNHCR einen Resettlementbedarf.

10.200 Geflüchtete möchte die Bundesregierung Deutschland im Rahmen des EU-Resettlementprogrammes für 2018-2019 aufnehmen.

583 Geflüchtete sind bis Mitte September 2019 über Resettlement nach Deutschland gekommen.

1.983 syrische Geflüchtete sind bis Ende August im Rahmen der humanitären Aufnahme aus der Türkei nach Deutschland gekommen. Humanitäre Aufnahmeprogramme werden in der Regel aus einem akuten Anlass eingerichtet und ermöglichen Geflüchteten aus Kriegs- und Krisengebieten eine sichere Einreise nach Deutschland.

8 Jesiden wurden bis August 2019 im Rahmen des humanitären Landesaufnahmeprogramms von Brandenburg mit der Unterstützung von IOM in Deutschland empfangen.

119 Schutzsuchende wurden 2019 mit Unterstützung von IOM Deutschland im Rahmen von ad-hoc Umverteilungsmaßnahmen (Relocation) in Deutschland aufgenommen. Anders als beim Resettlement und den humanitären Aufnahmeprogrammen, die sich an Geflüchtete außerhalb der EU richten, handelt es sich bei Relocation um die Umverteilung von einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union in einen anderen. Der Grundgedanke von Relocation ist, einzelne Mitgliedsstaaten der EU, insbesondere jene, die sich an den europäischen Außengrenzen befinden, zu entlasten.



 Internationale Organisation für Migration (IOM)

 Die UNHCR-Migrationsorganisation

³ Weltweit benötigen 1,4 Millionen Menschen einen Aufnahmeplatz. Quelle: UNHCR

⁴ Diese Zahl bezieht sich auf Resettlement, Humanitäre Aufnahme und Relocation mit IOM.

ein humanitäres Aufnahmeprogramm mit jährlich 100 Plätzen umzusetzen.⁵

Wie funktioniert Resettlement?

- **Auswahl:**

Im Zufluchtsland prüft das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) nach bestimmten Kriterien, welche Geflüchteten für eine Aufnahme in Frage kommen.

Es wird festgestellt, ob sie die von UNHCR festgelegten Vulnerabilitätskriterien erfüllen und welchen individuellen Schutzbedarf sie haben.⁶ Die finale Entscheidung liegt dann beim jeweiligen Aufnahmeland. Für die deutsche Regierung sind beispielsweise nicht nur der Grad an Schutzbedürftigkeit, sondern auch die Verbindungen zu Deutschland und die Fähigkeit sich zu integrieren relevant. IOM unterstützt die Auswahlmissionen mit verschiedenen Aktivitäten und hilft bei der Visumsbeschaffung.

- **Vor und während der Reise:**

Bevor die Menschen ausreisen können, werden sie von IOM-Ärzten medizinisch untersucht.

In dreitägigen Orientierungskursen bereitet IOM die Menschen auf die Reise, die ersten Wochen in Deutschland und insbesondere auf die Erstaufnahme vor.

IOM organisiert die Ausreise und begleitet die Menschen während ihres Fluges. Medizinische Fälle und Minderjährige werden besonders unterstützt.

- **Nach der Ankunft in Deutschland:**

Zunächst werden die Menschen in der Regel für zwei Wochen in der Erstaufnahmeeinrichtung in Friedland untergebracht. Dort bekommen sie Kurse zur sprachlichen und kulturellen Orientierung. Nach dieser Zeit werden die Resettlement-geflüchteten gemäß Königssteiner Schlüssel auf verschiedene Wohnorte in Deutschland aufgeteilt.

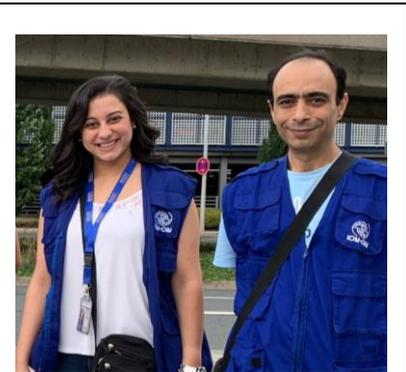
- Das Resettlementverfahren ist ein komplexer Prozess, bei dem staatliche Akteure, wie das Bundesinnenministerium und das BAMF, internationale Organisationen, wie IOM und UNHCR, sowie Wohlfahrtsverbände Hand in Hand arbeiten.

In jedem Schritt des Verfahrens werden auf die genderspezifischen Bedürfnisse der Geflüchteten Rücksicht genommen.

Resettlement ist fundamental für einen dauerhaften Schutz von Geflüchteten. Die Programme sollten daher über einen langfristigen Zeitraum für eine möglichst große Anzahl von Schutzsuchenden aus verschiedenen Erstaufnahmeländern angesetzt sein.

IOM vertritt außerdem den Grundsatz, dass die humanitäre Aufnahme nicht damit endet, den Menschen hier Schutz zu bieten, sondern auch die umfängliche Beteiligung und Integration der Geflüchteten in die Gesellschaft gefördert werden sollte. In Deutschland ist IOM daher an der Entwicklung des Nationalen Aktionsplans Integration beteiligt und analysiert in diesem Zusammenhang unter anderem die bestehenden Vorintegrationsmaßnahmen für die deutschen Aufnahmeprogramme.

Um irregulärer Migration langfristig begegnen zu können, sollten humanitäre Aufnahmen und Resettlement jedoch nur eine von vielen komplementären Zugangsmöglichkeiten sein. IOM macht sich daher für weitere komplementäre Migrationswege stark.



©IOM/2019

*„Wir haben heute eine Gruppe von mehr als 240 Menschen von Ägypten nach Deutschland begleitet, darunter 64 Kinder und 6 Säuglinge. Die Menschen kommen aus Syrien, Südsudan, Sudan, Eritrea and Somalia. Sie sind jetzt erschöpft, aber auch glücklich und vor allem dankbar endlich in Deutschland zu sein.“
IOM-Mitarbeitende Flughafen Hannover am 11.09.2019*



⁵ www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2019/pressemitteilung.781601.php

⁶ www.unhcr.org/dach/de/services/faq/faq-resettlement

Über IOM: Die 1951 gegründete Internationale Organisation für Migration (IOM) setzt sich weltweit für eine humane und geordnete Migration ein. Der Hauptsitz der UN-Organisation mit 173 Mitgliedstaaten ist in Genf. In Deutschland ist IOM neben Resettlement auch mit Projekten in den Bereichen Familiennachzug, Integration und freiwillige Rückkehr und Reintegration aktiv.

Quelle Grafiken: ©IOM 2018 (aus Video [IOM's Steadfast Support to Global Resettlement](#))

3. Berliner Demokratie verstehen und gestalten – Angebote rund um die politische Bildung für und mit Menschen mit Fluchterfahrung



Eine lebendige demokratische Gesellschaft ist auf das politische Engagement aller angewiesen! Um dies zu gewährleisten richtet sich unser Angebot an Menschen mit Fluchterfahrung. Dadurch bekommen geflüchteten Neu-berliner*innen die Chance, Gesellschaft und Alltag aktiv mitzugestalten. Gleichzeitig werden Fachkräfte und Multiplikator*innen für eine partizipationsorientierte und diskriminierungskritische Arbeit mit Geflüchteten weitergebildet.

- Durch Seminare und Gesprächsrunden mit Politiker*innen versuchen wir Menschen mit Fluchterfahrung für politische Teilhabe zu begeistern.
- In der 4-moduligen Fortbildung werden Menschen mit Fluchterfahrung zu politischen Bildner*innen ausgebildet.
- Die Weiterbildungsreihe richtet sich an Fachkräfte und Multiplikator*innen, die mit Geflüchteten arbeiten.

Die Seminare sind ausgelegt auf Gruppen für Menschen mit Fluchterfahrung, die über grundsätzliche deutsche Sprachkenntnisse (A2) verfügen. Die Umsetzung mithilfe von Sprachmittler*innen ist möglich.

Sie sind niedrigschwellig, arbeiten mit den bisher gemachten Erfahrungen, Lebensrealitäten und Wissensvorräten. Sie nehmen Vorstellungen von demokratischen Prozessen bzw. Grundsätzen zum Ausgangspunkt und können deshalb sehr unterschiedlich verlaufen und verschiedentlich eingesetzt werden.

Fragen, die uns dort beschäftigen, sind: Was ist für mich politisch? Welche Erfahrungen habe ich mit demokratischen und undemokratischen Systemen gemacht? Was wünsche ich mir für eine demokratische Gesellschaft? Wie kann ich das schon jetzt umsetzen?

Durch Gesprächsrunden (Matchmaking) mit Politiker*innen erhalten Menschen mit Flucht-hintergrund die Möglichkeit, in direkten persönlichen Kontakt mit politischen Entscheidungsträger*innen zu treten. Die Berliner Demokratie wird fassbar und spürbar. Wünsche können geäußert und Erwartungen formuliert werden. Dabei entsteht ein Austausch und ein gegenseitiger Lernprozess, der zur Annäherung zwischen dem politischen System Deutschlands (bzw. Berlins) und Neuberliner*innen führt.



Termine für Seminare und Gesprächsrunden finden Sie auf unserer Webseite oder im Projektflyer. In Absprache können sowohl die Seminare als auch die Gesprächsrunden vor Ort, z.B. in Schulen, Volkshochschulen oder Geflüchteten-Unterkünften, stattfinden.

Aufbauend auf den Seminaren bilden wird Geflüchtete zu Trainer*innen der politischen Bildung aus, damit sie selbst Seminare für Menschen mit und ohne Fluchterfahrungen durchführen können. Wir möchten Geflüchtete einladen, anderen Menschen Berliner Demokratie nahezubringen. Dabei wollen wir zeigen, wie Demokratie vermittelt werden kann. Die Teilnehmenden verstehen und gestalten Demokratie und möchten andere dabei begleiten.

Für die Teilnehmenden, die mit Abschluss der Fortbildung ein Zertifikat von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung erhalten, besteht die Perspektive, später selbst auf Honorarbasis bei Trägern der politischen Bildung arbeiten zu können.

Die Weiterbildungsreihe richtet sich an pädagogische Fachkräfte und Multiplikator*innen, um sie für eine partizipationsorientierte und diskriminierungskritische Arbeit mit Geflüchteten weiterzubilden. Herausforderungen und Chancen des pädagogischen Feldes werden ausgeleuchtet und lösungsorientiert bearbeitet.

Die insgesamt zehn Qualifizierungsmaßnahmen bieten eine vielfältige Auswahl an Themen und stellen somit ein reiches Angebot für Fachkräfte/Ehrenamtliche und/oder Lehrende in der Arbeit mit Geflüchteten dar. Die Referent*innen arbeiten in unterschiedlichen Kontexten regelmäßig mit Menschen mit Fluchterfahrung zusammen und freuen sich darauf, ihr Fachwissen weiterzugeben.

Fünf Maßnahmen finden „offline“, also in Form von Präsenzseminaren, fünf Maßnahmen „online“, also in Form von Webinaren, statt. Das Anmeldeformular mit Themen- und Terminübersicht finden Sie unter www.bit.ly/online-aul bzw. www.bit.ly/offline-aul.

Weitere Informationen zum Projekt „Berliner Demokratie verstehen und gestalten“ finden Sie auf unserer Webseite. Das Projekt wird von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung gefördert.

Kontakt: Florian Pfeifer
Telefon: 030 / 5130 192 43
E-Mail: pfeifer@berlin.arbeitundleben.de | Internet: www.berlin.arbeitundleben.de



Berliner Landeszentrale
für politische Bildung



4. Vielfalt geht durch den Magen: „Der Kiez kocht“ – Ein Beispiel gelungener Integration!

Humanistischer Verband Berlin-Brandenburg (HVD) und Gewobag präsentierten interkulturelles Kochbuch in Tegel-Süd

Eine lange Tafel war es, die am 27. August auf dem Emstaler Platz mit Köstlichkeiten aus aller Welt gedeckt war und an der Anwohner*innen und Beteiligte eines besonderen und kulinarischen Projektes Platz genommen hatten. An diesem Nachmittag wurde das interkulturelle Kochbuch „Der Kiez kocht“ präsentiert, dass aus dem Projekt „Miteinander im Kiez“ und den Begegnungen zwischen alteingesessenen und neuen Kiezbewohner*innen entstanden ist. Das Projekt „Miteinander im Kiez“, gemeinsam initiiert vom HVD und der Gewobag, steht als Beispiel praktizierter Integration, die auf Begegnung und Austausch basiert.



Über 26 Rezepte zum Nachkochen sind in dem reich bebilderten Kochbuch enthalten, von der traditionellen Berliner Boulette über afghanische Bolani und syrische Desserts bis hin zum westafrikanischen Erdnussgericht Maafe Tiga. Zwischen den zum Nachmachen animierenden Rezepten finden sich zudem Informationen zum Leben im Kiez und dem Engagement von Gewobag und HVD für ein nachbarschaftliches und tolerantes Miteinander.

Elke Breitenbach, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, lobt im Vorwort von „Der Kiez kocht“ die integrative Wirkung des Kochbuch-Projektes: „Gemeinsam kochen und essen – das ist für mich die schönste Art, Zeit mit anderen Menschen zu verbringen. Zusammen zu essen schafft Verbindung und Vertrauen. Nicht umsonst ist es ein universelles Zeichen für Gastfreundschaft und friedliche Begegnung.“

Im Sommer 2017 hatte die Gewobag die Projektfinanzierung mit dem Ziel übernommen, Kontakte zwischen Nachbar*innen zu ermöglichen, die Mieterschaft zu vernetzen und neue Mieter*innen im Kiez willkommen zu heißen. Aufgrund des initiierten Projektes sind die regelmäßigen Kochtreffen und die Idee zu dem Kochbuch entstanden. Snezana Michaelis, Vorstandsmitglied der Gewobag: „Wir freuen uns, den Austausch zwischen verschiedensten Menschen in der Nachbarschaft zu fördern und den Gemeinschaftsgedanken zu stärken. Die im Kochbuch vorgestellten Gerichte sind so einzigartig wie ihre Köch*innen und deren Geschichte. Für diese Vielfalt stehen wir.“



Foto: Bezirksstadtrat Uwe Brockhausen mit den Projektbeteiligten und Mieter*innen des Quartiers Tegel-Süd. Copyright: City-Press

Katja Labidi, Koordinatorin des Projekts auf Seiten des HVD verspricht sich von dem Buchprojekt einen Dominoeffekt. „Die Kiez-initiativen haben klein angefangen. Wir mussten zunächst Vorurteile und Ängste in der Nachbarschaft überwinden, bis erste stabile Begegnungen entstanden sind. Aus den individuellen Begegnungen ist eine größere Offenheit für Begegnung im Kiez entstanden, die mit dem Kochbuch auch sichtbar wird. Ich kann mir vorstellen, dass die Neugierde steigt, wenn man die Bilder im Kochbuch sieht und erkennt, dass sich dort ganz normale Menschen von nebenan begegnen. Sie alle bringen ihre Geschichte mit, die einen mit und die anderen ohne Fluchterfahrung. Letztendlich haben sie alle

gemein, Mensch zu sein, und das ist am Ende das uns alle verbindende Element.“ Das Kochbuch ist auf Spendenbasis verfügbar. Informationen dazu unter:

Kontakt: Humanistischer Verband Deutschlands,
Landesverband Berlin-Brandenburg KdöR
10179 Berlin, Wallstraße 61-65
E-Mail: k.labidi@hvd-bb.de
Internet: www.hvd-bb.de



5. Peer-Mediation im IB-Übergangwohnheim Marienfelder Allee

Ein Beitrag von Uta Sternal (Internationaler Bund), Helen Winter (R3SOLUTE), Judith Huber (R3SOLUTE)

In der Gemeinschaftsunterkunft Übergangwohnheim Marienfelder Allee des Internationalen Bundes wurde ein Peer-Mediations-Netzwerk etabliert, wobei ausgebildete Bewohner*innen bei Unterkunfts-internen Konflikten als Ansprechpartner*innen und Streitschlichter*innen dienen. In der Einrichtung leben 700 geflüchtete, besonders schutzbedürftige Menschen, überwiegend Familien aus Syrien und Afghanistan.

13 Bewohner*innen wurden im Juli 2019 von der gemeinnützigen Organisation R3SOLUTE qualifiziert, um zwischen Bewohner*innen als Peer-Mediator*innen zu vermitteln. Sie können nun sowohl von Bewohner*innen als auch von Mitarbeiter*innen hin zu gezogen werden, um Konflikte zu bearbeiten.

Die 13 Bewohner*innen, darunter 2 Frauen, hatten sich nach einer Vorstellung von R3SOLUTE im Bewohner*innenrat der Unterkunft für die Teilnahme entschieden und durchliefen dann drei 3-stündige sowie einen 7-stündigen Workshop. Während die ersten beiden Einheiten Grundlegendes zu Konfliktvermittlungskompetenzen beinhalteten, wurde in der ganztägigen Sitzung die Methode der Mediation genau kennengelernt und mittels einer Reihe von Rollenspielen erlernt.



Wie ein roter Faden durch alle Workshops zogen sich außerdem Einheiten zum Thema mentaler Gesundheit, wobei ein Psychologe von R3SOLUTE mit den Teilnehmer*innen über Trauma und die Verbindung zu Konflikten sprach und so für das Thema mentale Gesundheit sensibilisierte.

Die Reaktion der Bewohner*innen auf die Workshops war durchweg positiv und interessiert, alle ausgebildeten Teilnehmer*innen nahmen kontinuierlich an allen Tagen teil. Seitdem kam es zu mehreren Treffen zwischen R3SOLUTE, den Bewohner*innen und der Heimleitung, um die Strukturen für die Peer-Mediation in der Unterkunft gemeinsam auszuarbeiten. Die Bewohner*innen haben bereits begonnen, die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Mediation innerhalb der Unterkunft bei den anderen Bewohner*innen zu verbreiten und in ersten Streitfällen zu vermitteln. Außerdem steht im Übergangwohnheim ein separater Raum als Büro für die Peer Mediator*innen zur Verfügung, den die Peer-Mediator*innen bei Bedarf für die Gespräche nutzen können.

R3SOLUTE wird den Prozess in enger Zusammenarbeit mit der Heimleitung weiter begleiten.

Die Organisation R3SOLUTE bietet seit Anfang 2018 Konflikt-Kompetenztrainings für Geflüchtete an, um die Menschen zu ermächtigen, mit Problemen und Schwierigkeiten in ihrem Alltag bewusster und eigenständig umzugehen - was auf persönlicher und zwischenmenschlicher Ebene bereichernd ist.

R3SOLUTE betrachtet Konfliktbewältigungsstrategien als von grundlegender Bedeutung für die erfolgreiche und langfristige Integration geflüchteter Menschen und damit die nachhaltige Verringerung der mit Konflikten verbundenen sozialen und wirtschaftlichen Kosten.

Die Trainer*innen in den Workshops sind ausgebildete Mediator*innen, Psycholog*innen, Mediziner*innen und Jurist*innen.

Kontakt:

R3SOLUTE

E-Mail: hwinter@r3solute.com

6. Die 3. Berliner Strategiekonferenz zur Wohnungslosenhilfe

Neun Arbeitsgruppen unter Leitung von Akteuren aus Wohlfahrtsverbänden und sozialen Trägern haben seit dem 10. Januar 2018, der 1. Strategiekonferenz zur Wohnungslosenhilfe, Handlungsempfehlungen zu den jeweiligen thematischen Schwerpunkten erarbeitet und im Oktober 2018 die Ergebnisse auf der 2. Strategiekonferenz Wohnungslosenhilfe diskutiert und der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen flossen dann in einen Maßnahmenkatalog ein, die Grundlage für die Neuausrichtung der Wohnungslosenhilfe von Menschen mit und ohne Migrations- und Fluchthintergrund. Der Berliner Senat hat am 3. September 2019 die neuen „Leitlinien der Wohnungslosenhilfe und Wohnungslosenhilfe“ beschlossen:

<https://www.berlin.de/sen/soziales/themen/wohnungslose/>

Diese sind in einem ressortübergreifenden Partizipationsprozess entwickelt worden und geben allen Akteuren in unserer Stadt Handlungsanleitung zur Prävention gegen Wohnungslosigkeit und zum

Ausbau des Hilfesystems. Sie reichen von der Umsetzung eines bezirksübergreifenden Fachstellenkonzeptes der Sozialen Wohnhilfen über die Gewährleistung einer bedarfsgerechten und qualitätsgesicherten Unterbringung im Rahmen einer gesamtstädtischen Steuerung bis hin zum Ausbau der bestehenden niedrighschwelligigen Hilfen und Notunterkünfte.

Zurzeit leben außerdem ca. 11.000 Geflüchtete Statusgewandelte nicht in eigenem Wohnraum, sondern verbleiben in Flüchtlingsunterkünften. Dank einer Vereinbarung zwischen dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten und den Bezirken kann somit die Obdachlosigkeit dieser Personengruppe weitestgehend vermieden werden.

Bei der 3. Strategiekonferenz wurden die Leitlinien nunmehr vorgestellt, diskutiert und durch die



Foto: Pressestelle SenIAS

Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe auf den Prüfstand gestellt. Neben der sehr positiven Bewertung gab es Empfehlungen, die sich auf Aspekte der Prävention, Fachstellen, statistischen Erfassung und u.a. des Geschützten Marktsegments bezogen. In der Podiumsdiskussion mit den Senatorinnen Elke Breitenbach (SenIAS) und Dilek Kalayci (SenGPG), dem Vertreter der Bezirke, Bezirksbürgermeister von Neukölln, Martin Hikel, lagen die Schwerpunkte auf der Anpassung der AV-Wohnen, der Implementierung von neuen Angeboten wie Housing First und der Erweiterung des Regelsystems in Bezug auf Pflege und Hospiz, der Auslegung des Zweckentfremdungsverbotsgesetzes u.v.m.

Mit den neuen Leitlinien wurde „ein Paradigmenwechsel in der Wohnungslosenhilfe“ auf den Weg gebracht, so die Einschätzung der Sozialsenatorin. Diskutiert wurde eine Quote für Wohnungslose im Geschützten Marktsegment und ein Menschenrecht auf Wohnraum unter Berücksichtigung des engen Wohnungsmarktes in Berlin. Eine bessere Kooperation zwischen den Jobcentern, Sozialen Wohnhilfen und Trägern der Wohnungslosenhilfe wurde von beiden Seiten kommuniziert und die gesundheitliche Versorgung und der Zugang zu Wohnraum als hohe Prioritäten benannt.

Über 400 Anmeldungen gab es für die 3. Berliner Strategiekonferenz zur Wohnungslosenhilfe. Viele Akteur*innen der Wohnungslosenhilfe waren am Montag der Einladung in den Festsaal Kreuzberg gefolgt. Anregenden Austausch gab es auch an den Ständen der neuen Berliner Projekte der Wohnungslosenhilfe, der Gesamtstädtischen Steuerung und des Vorhabens „Nacht der Solidarität“, die vielen Konferenzteilnehmer*innen gute Einblicke ermöglichte.

<https://www.berlin.de/sen/soziales/themen/wohnungslose/strategiekonferenzen-wohnungslosenhilfe/3-konferenz/>

7. Mitmachen bei der „Nacht der Solidarität“ am 29./30. Januar 2020

Am 29. Januar 2020 werden nachts mehr als 1.600 freiwillige Helferinnen und Helfer auf Berlins Straßen unterwegs sein, um die obdachlosen Menschen zu zählen und zu befragen, die auf der Straße schlafen. Für die Anmeldung der vielen Freiwilligen hat die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales eine Internetseite freigeschaltet, auf der sich alle Berliner*innen anmelden können, die in der Nacht der Solidarität aktiv werden wollen. Machen Sie mit, zeigen Sie Solidarität! www.berlin.de/nacht-der-solidaritaet



Vielen Dank für Ihr Interesse und bis zur nächsten Ausgabe im Dezember 2019.
fluechtlingsmanagement@senias.berlin.de

Ihr Team der Berliner Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement www.berlin.de/koordfm
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales www.berlin.de/sen/ias/



Senatsverwaltung
für Integration, Arbeit
und Soziales



Hiermit informieren wir Sie gemäß der EU-Datenschutzgrundverordnung darüber, dass wir Ihre veröffentlichten bzw. uns mitgeteilten Kontaktdaten gespeichert haben und diese unregelmäßig für die Zusendung von Informationen unserer eigenen Publikationen und Veranstaltungen nutzen werden. Sie haben das Recht auf Löschung dieser Daten und Widerspruch gegen die weitere Verwendung. In diesem Fall senden Sie uns bitte eine Mail (Betreff: Löschung). Weiterhin haben Sie das Recht auf Korrektur Ihrer Daten, Einschränkung der Verarbeitung für bestimmte Zwecke sowie auf Anrufung des Datenschutzbeauftragten der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales datenschutz@senias.berlin.de und der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde. Weitere Informationen zum Datenschutz sowie Fragen bezüglich der Datenverarbeitung und der Wahrnehmung Ihrer Rechte können Sie sich kostenlos an unseren Datenschutzbeauftragten wenden.

Gern erteilen wir Ihnen auf die Anfrage Auskunft darüber, welche personenbezogenen Daten über Sie bei uns gespeichert sind.

Wenn Sie keinen Newsletter und keine fachlichen Informationen mehr erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail an fluechtlingsmanagement@senias.berlin.de – vielen Dank.